



ROSA – LUXEMBURG – STIFTUNG  
SACHSEN e.V.

Texte zur  
politischen  
Bildung H.37



Kurt Schneider (Hrsg.)

Politische Bildung  
in Ost und West  
Der Umgang mit dem  
antifaschistischen Grundkonsens

# Politische Bildung in Ost und West seit 1945

## Der Umgang mit dem antifaschistischen Grundkonsens

Kolloquium der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen mit  
der Karl-Lamprecht-Gesellschaft Leipzig und dem Bund  
der Antifaschisten Leipzig am 28. Oktober 2006

*Herausgegeben von Kurt Schneider*

# TEXTE ZUR POLITISCHEN BILDUNG

Heft 37

ISBN 978-3-89819-261-3

© ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG SACHSEN e. V. 2007

*Harkortstraße 10*

*04107 Leipzig*

*Telefon: (0341) 9 60 85 31*

*Telefax: (0341) 2 12 58 77*

*RosaLuxemburg-Stiftung.Sachsen@t-online.de*

Redaktion: Kurt Schneider / Lutz Höll

Satz: Lutz Höll

Herstellung: GNN Verlag Sachsen/Berlin GmbH  
Badeweg 1, 04435 Schkeuditz

## Inhalt

KURT SCHNEIDER:	
Eröffnung .....	5
LOTHAR NETTELMANN:	
Weder Antifaschismus noch Bewältigung? Bildung von Stereotypen anstatt Neuanfang .....	8
THOMAS AHBE:	
Anti-Antifaschismus. Thesen zu den Kontroversen um den DDR-Antifaschismus seit 1990 .....	28
DIETER SCHLÖNVOIGT:	
Einblicke in die Modernisierungseuphorie politischer Bildung .....	44
DIETER CHITRALLA:	
Zu einigen Erfahrungen des Bundes der Antifaschisten (BdA) e.V. – Sitz Leipzig in der Gedenkstätten- und Erinnerungsarbeit .....	65
Autorenverzeichnis .....	73



KURT SCHNEIDER

## Eröffnung

Nach der Befreiung vom Faschismus konnte politische Bildung nur in Übereinstimmung mit dem Potsdamer Abkommen erfolgen. Das heißt, sie musste antimilitaristisch und antifaschistisch geprägt und auf die Schaffung eines antifaschistisch-demokratischen Deutschlands ausgerichtet sein.

*»Das deutsche Volk muss überzeugt werden«, hieß es hierzu im Potsdamer Abkommen, »dass es eine totale militärische Niederlage erlitten hat und dass es sich nicht der Verantwortung entziehen kann, für das, was es selbst dadurch auf sich geladen hat, dass seine eigene mitleidlose Kriegführung und der fanatische Widerstand der Nazis die deutsche Wirtschaft zerstört und Chaos und Elend unvermeidlich gemacht haben.«*

Noch war das historische und politische Bewusstsein großer Teile der deutschen Bevölkerung, nicht zuletzt der Jugend, von der faschistischen Ideologie geprägt. Die notwendige Umerziehung erforderte nicht nur analoge Bildungskonzepte, sondern ebenso antifaschistisch-demokratische Lehrkräfte. Dazu vermerkte das Potsdamer Abkommen: *»Das Erziehungswesen in Deutschland muss so überwacht werden, dass die nazistischen und militaristischen Lehren völlig entfernt werden und eine erfolgreiche Entwicklung der demokratischen Ideen möglich gemacht wird.«* Alle Mitglieder der nazistischen Partei, welche mehr als nominell an deren Tätigkeit teilgenommen hatten, und alle Personen, die den im Potsdamer Abkommen formulierten Aufgaben und Ziele feindlich gegenüber standen, waren durch Personen zu ersetzen, *»welche nach ihren politischen und moralischen Eigenschaften fähig erscheinen, an der Entwicklung wahrhaft demokratischer Einrichtungen in Deutschland mitzuwirken.«*

Damit stand am Beginn der Geschichte der politischen Bildung in der Nachkriegszeit der Bruch mit der unheilvollen Vergangenheit, der Wertewandel durch politische Bildung. In der unmittelbaren Nachkriegs-Programmatik der SPD, KPD, CDU und anderer antifaschistisch-de-

mokratischen Parteien und Organisationen finden sich in allen Besatzungszonen Deutschlands, wenn auch unterschiedlich akzentuiert, Belege dafür, dass es berechtigt ist davon zu sprechen, dass es in dieser Zeit einen antifaschistischen Grundkonsens gab, der auch als gesellschaftlicher Wertekonsens bezeichnet werden kann.

Es waren die aus den KZ, Zuchthäusern, Gefängnissen und aus der Emigration kommenden Antifaschisten, die hierfür Entscheidendes leisteten. Das waren zwar in erster Linie Kommunisten und Sozialdemokraten, aber keinesfalls nur diese. Der Schwur von Buchenwald war der Appell unterschiedlichster politischer und sozialer Kräfte an das ganze deutsche Volk, gemeinsam eine neue Welt des Friedens und der Freiheit zu schaffen. Die Losung: NIE WIEDER FASCHISMUS – NIE WIEDER KRIEG ! einte zunehmend die Menschen.

Es ging nicht nur um die Haltung zur Vergangenheit, sondern zugleich um die Frage, welche Konsequenzen sich daraus für die Zukunft ergeben – welcher Weg nunmehr zu beschreiten war.

Mit dem Aufkommen des Kalten Krieges, verbunden mit dem Kurs auf die Spaltung Deutschlands, zerbrachen viele Hoffnungen und Ansätze für ein einheitliches antifaschistisch-demokratisches Deutschland, und es zerbrach auch der antifaschistische Grundkonsens.

Politische Bildung konnte und kann nicht auf eine Institution eingengt werden. Neben den Bildungsprogrammen der Siegermächte gab es alsbald Bildungssysteme der einzelnen Parteien und Organisationen. Ebenso trugen die Theater, der Rundfunk, die Presse, die Literatur und nicht zuletzt die Schulen und Hochschulen zur politischen Bildung bei. Das war mit Streit nicht nur unter den Historikern und Philosophen, den Literaten und Künstlern verbunden.

Seither sind über 60 Jahre vergangen, in deren Verlauf sich die Welt verändert hat – sowohl zum Positiven als auch zum Negativen. Wir stehen heute vor neuen antifaschistischen Herausforderungen, die – so meine ich – der Sache bzw. dem Wesen nach gar nicht grundlegend neu sind, sondern die vielmehr nur ein anderes, den heutigen Bedingungen und Gegebenheiten angepasstes Erscheinungsbild haben.

Beachten wir, was Brecht uns an Herz legte:

So was hätt einmal fast die Welt regiert!  
Die Völker wurden seiner Herr, jedoch  
Dass keiner uns zu früh triumphiert –  
Der Schoß ist fruchtbar noch, aus dem das kroch.  
(Epilog zu Arturo Ui)

Ich wünsche unserem heutigen Kolloquium einen Verlauf, der dem Anspruch seines Themas gerecht wird.

LOTHAR NETTELMANN

## Weder Antifaschismus noch Bewältigung? Bildung von Stereotypen anstatt Neuanfang

### *1. Zur Gesamtproblematik des Gegenstands*

Es fällt nicht leicht, ein differenziertes Bild darzustellen von einem Zusammenhang, der nicht nur vielschichtige innere Wechselbeziehungen im westlichen und östlichen Nachkriegsdeutschland aufweist, sondern zusätzlich über die zurückliegende Zeitachse der Jahre 1933–1945 eine hochgradige Problematik mit sich führt. Dies schließt die deutsche Schuld und damit die Verantwortung der deutschen Gesellschaft ein: der »Nazis«, ihrer »Helfer« und »Mitläufer«.<sup>1</sup> Die unmittelbaren Folgen des Krieges: *Gebietsabtretungen, Umsiedlungen, Flucht, Vertreibung und Gewalttaten* sind die Begriffe, die dieses abdecken. Als weitere neue Rahmensituation mit erheblicher Binnenwirkung ist die »Ost-West-Konfrontation« zu nennen, die steigende Spannung im »Kalten Krieg«. Im Kern handelt es sich um deutsche Schuld und die Konsequenzen daraus. Es ist das Geschehen, das als »das Böse« des 20. Jahrhunderts schlechthin bezeichnet werden kann und das für immer mit dem deutschen Namen verbunden ist.

Es sollen aus dem Rückblick der jüngsten Zeit paradigmatisch erscheinende Sachverhalte präsentiert werden. Die moralisch tiefgehende Frage ist dabei: Warum sind Menschen nur schwer dazu zu bewegen, über Taten – in die sie selbst mehr oder weniger direkt oder indirekt involviert waren – nachzudenken, sie aufzuarbeiten und das Geschehene zu bewältigen und in ethisch positiv zu wertendes Handeln umzusetzen? Es gibt Gründe, das im deutschen Namen Geschehene als eine

---

1 Das Problem bedeutet u. a., dass Personengruppen – hier Faschisten/Nationalsozialisten – versuchten, sich selbst über eine Ideologie zu definieren. Vernachlässigt wird dabei der Primat sozialstruktureller Zuordnung.

gewisse Einmaligkeit zu sehen, sie damit aber unvergleichbar und zugleich unwiederholbar zu machen. Erwähnt werden müssen die Opfer von Flucht und Vertreibung, wobei bei Letzteren die eigene Opferrolle als Flüchtlinge und Vertriebene im Vordergrund stand.

## 2. Zur Begriffsproblematik

Zunächst müssen die Wurzeln der DDR-Definition des »Antifaschismus« genannt werden. Sie fußt auf dem Kampf der 20er Jahre, der große Teile der Arbeiterbewegung, insbesondere der KPD sowie linker intellektueller Gruppen, gegen die Nazi-Organisationen einschloss und damals vor allem gegen die SA politisch-ideologisch wie physisch gerichtet war. Der Kampf entwickelte sich nach der Machtübernahme durch die Nazis ab 1933 zu einem allgemeinen politischen Kampf. Dazu gehörte alles, was unter den Begriff »Widerstand« subsumiert werden kann, von der Unterdrückungs- und Entrechtungssituation in den Konzentrationslagern und Zuchthäusern bis hin zu den Methoden des propagandistischen Untergrundkampfes gegen den »Faschismus«, gegen den Krieg in Städten und Betrieben. Aus all dem hat sich nach 1945 ein umfassendes, geistig geschlossenes System herausgebildet, das ein wesentliches Element darstellte für die SED zur Legitimierung des *Neuen* in der SBZ/DDR. Zugleich wurde der »Antifaschismus« zu einer geistigen Grundhaltung in Segmenten der Jugend. Er bedeutete ein zentrales Erziehungsziel der staatsbürgerlichen Erziehung. Auf diesen Ansatz sind Menschen der heute älteren Generation der ehemaligen DDR noch stolz.

Die Begriffe »Faschismus«, »Deutscher Faschismus« und »Nationalsozialismus« wurden grob der jeweiligen »östlichen bzw. westlichen Blickrichtung« zugeordnet und in dessen Folge in entgegen gerichtete Denkschemata und Argumentationsmuster einbezogen. Unglücklich ist dabei, dass der westdeutsche »übliche Sprachgebrauch« vom »Nationalsozialismus« bzw. dessen Adjektiv unreflektiert als Terminus technicus benutzt wurde.

Als Problem der Definition und des Umgangs mit dem »Faschismus« stellt sich der enge Zusammenhang bzw. die Wechselbeziehung mit den verschiedenen »Kapitalismus-Definitionen« dar. Die relativ »homogene« Sichtweise des Kapitalismus in der DDR basiert zunächst auf marxistisch-leninistischen Definitionen und dann wesentlich auf der ökonomischen »Faschismus-Definition« der KPD der späten zwanziger Jahre i. S. des »Faschismus« als *Produkt* des *Monopol-Kapitalis-*

*mus.* In der westdeutschen Diskussion wurde der »Antifaschismus« als eine geistig-politische Grundlage angesehen und keinesfalls als ein geschlossenes mit konkreter Zielrichtung verbundenes System. Bezüglich der Inhalte bestand ohne Zweifel ein Grundkonsens. Keine Seite darf deshalb für sich ein »Mehr« reklamieren. Die Diskussionen in der Endphase des Krieges und der frühen Nachkriegszeit waren orientiert an der *Sicherstellung einer Verhinderung der Wiederholung des Geschehenen*. Alle anderen politischen Ziel-Diskussionen waren *demokratischen Prinzipien* und *pluralistischen Ansätzen* zugeordnet. Die in der DDR gegebene untrennbare Beziehung »Antifaschismus« und »Antikapitalismus« war in Westdeutschland zwar in der frühen Nachkriegszeit in Ansätzen durchaus gegeben, verlor dann aber zunehmend an Bedeutung. Die Beziehung erreichte eine Renaissance in der linken Studentenbewegung, der »Apo« und in den Zirkeln linker Intellektueller.

### 3. Gedanken zur DDR und zum Utopie-Denken

Die DDR hat sich sehr schnell ausgeblendet, Bestandteil des deutschen Volkes der Täter<sup>2</sup> zu sein. Die Untaten wurden eher der westdeutschen Gesellschaft zugeordnet. Im Westen Deutschlands wurde dieses als Affront wahrgenommen und im Gegenzug des eskalierenden Schlagabtausches erwidert. Der politischen Klasse der DDR – man bezeichnete sie als »Machthaber« oder »Pankow-Regime« – wurde *Unwahrhaftigkeit* und *Heuchelei* unterstellt. Heute ist eine erhebliche Diskrepanz feststellbar zwischen dieser Zuordnung des staatlichen Systems der DDR und den o. a. Wahrnehmungen und Gefühlen der Menschen. Die jetzt im hohen Rentenalter befindlichen Menschen verstehen dieses oftmals nicht, fühlen sich unverstanden und zu Unrecht behandelt ob der damals von ihnen mit Überzeugung postulierten positiven Ziele.

Ein Ansatz zur Erklärung der Verhaltensmuster bezüglich der Einschätzung und des Umgangs mit dem Antifaschismus sind Form, Inhalt und Ziel des Utopie-Denkens. In der SBZ/DDR war von vornherein der »Sozialismus« in seiner Ausprägung des »Marxismus-Leninismus« die einzige und zugleich nicht hinterfragbare politische Glaubenslehre. Das Denken in als positiv angesehenen Utopie-Richtungen konnte den »Antifaschismus« in der Frühphase wirkungsvoll instrumentalisieren

---

2 Dieses ist nicht verstanden im Begriff des »Tätervolkes«, der eine pauschale Verurteilung impliziert.

und langfristig der bekannten Funktion zuordnen. In Westdeutschland gab es in der Nachkriegszeit das individuelle Überleben in der Situation des »*Davongekommen-Seins*«. Die Demokratie wurde dort von den Alliierten durchgesetzt und von der Bevölkerung mehr oder weniger willig im Umerziehungsprozess angenommen. Im sich entwickelnden pluralistischen System konnte sich das Utopie-Denken nur in gesellschaftlichen Nischen entwickeln. Für das intellektuelle Bürgertum galt der Rückgriff in die Maximen des 19. Jahrhunderts.

Eine dominante Rolle hatten die etablierten Träger von Mythen wie Wertdefinitionen: die Kirchen. Sie besetzten schnell das Terrain der geistigen Wüste, die die Nazis hinterlassen hatten. Die etablierten politischen Parteien waren eher mit dem Abbau ihres Utopie-Denkens bzw. dem ihrer Vorgänger beschäftigt. Man ging immer mehr über zu politischem Pragmatismus. Er wurde zur Erfolgsgrundlage der »Adenauer-Politik«.

#### 4. *Entnazifizierung – Ansätze und Umkehrung. Das Beispiel Niedersachsen – Hannover*

Die Alliierten hatten zuerst versucht, die »Entnazifizierung« gründlich durchzusetzen. Dies geschah ab 1947 immer »großzügiger«. Später, als deutsche Behörden zuständig waren, erfolgten Rückstufungen in den Berufungsverfahren. Belastete Nazis wurden zu »Mitläufern« herabdefiniert. Statt einer konsequenten Fortführung dominierte die »Persilschein-Methode«. Ehemals führende Nazis hatten eine »weiße Weste« bekommen. Schon bald tauchten sie als Rechtsanwälte und Richter, als Politiker und Wirtschaftler wieder auf. Auch dieses war grundsätzlich in der Bevölkerung bekannt und beeinflusste zweifellos die Einschätzung des Zurückliegenden. Adenauer hatte es sich leicht gemacht: In seiner Antrittsrede als Bundeskanzler sagte er im Bundestag, »man müsse Vergangenes vergangen sein lassen«. Selbst Carlo Schmid, ein hoch angesehener Politiker der SPD, setzte sich 1954 für die Freilassung eines Kriegsverbrechers ein mit dem Argument, man müsse ihm eine Chance geben, sich in der Demokratie zu bewähren. Der Mann war ein Studienkollege von ihm gewesen.

Man neigt heute dazu, von einer »mühsamen Entnazifizierung« zu sprechen.<sup>3</sup> In Hannover erfolgte z. B. die erste Phase der Entnazifizie-

---

3 Die folgenden Ausführungen beziehen sich auf: Mühsame Entnazifizierung. In: »Hannoversche Allgemeine Zeitung« vom 30. April 2005. S. 17.

rung auf Befehl der Britischen Militärregierung sofort nach der Besetzung im April 1945. Gegen die Anweisung, sämtliche Nazis aus der Stadtverwaltung zu entlassen, protestierte der neue Oberbürgermeister Gustav Bratke, da ihm die bloße Parteimitgliedschaft nicht als ausreichendes Kriterium erschien. Ihm war eine funktionierende Verwaltung offensichtlich wichtiger als ein radikaler Neuanfang. Die zweite Phase der Entnazifizierung begann im April 1946. Mit einem 131 Fragen umfassenden Bogen sollten alle Deutschen zwischen 18 und 65 Jahren erfasst werden. Zeitweilig waren 3 Haupt- und 50 Unterausschüsse mit der Auswertung befasst. Das Verfahren war, so der Historiker Waldemar Röhrbein, von »Denunziantentum und massenhaften Persilschein-Ausstellungen« begleitet.

Ein Beitrag dazu aus meiner eigenen Familie: Mein Vater, Helmut Nettelmann (Jg. 1920), berichtet oft aus der Erinnerung heraus, wie er selbst 1945 einen »Persilschein« ausgestellt hat. Mein Großvater Friedrich Nettelmann ist in unserem Dorf bei Hannover ein angesehener Schneidermeister gewesen. Er war unbelastet und wurde deshalb nach Kriegsende von der britischen Besatzungsbehörde mit ehrenamtlichen, organisatorischen sowie Verwaltungsaufgaben betraut. Der Dorflehrer, Wilhelm M., war eine angesehene und von allen respektierte Person im Dorf. Wilhelm M. wurde zunächst nach der Besetzung als ehemaliger »Pg« vom Dienst suspendiert. Er kam eines Tages im Spätsommer 1945 zu meinem Großvater und bat diesen mit weinerlicher Stimme: »Nettelmannsvater« – so sagte man damals noch im Dorf – »können Sie mir nicht helfen, damit ich wieder eingestellt werde?« Großvater Friedrich gab dann meinem Vater den Auftrag: »Junge mak datt mal!« Man sprach damals noch das *Calenberger Platt* im Dorf. Mein Vater setzte also ein Schreiben auf, in dem bescheinigt wurde, dass der Lehrer Wilhelm M. immer ein angesehener Mensch und vorbildlicher Lehrer gewesen war und in seiner Grundeinstellung an sich auch ein guter Demokrat. Mein Großvater unterschrieb dieses und Wilhelm M. wurde im Herbst, als die Schule allgemein begann, wieder eingestellt.

Ende 1947 wurden lt. eines Zwischenberichtes nach 19.000 Verfahren 11.000 Hannoveraner als »Entlastete«, 6.000 als »Mitläufer« und 2.000 als »Minderbelastete« eingestuft. Über die »Hauptschuldigen« sowie die »Belasteten« entschieden die Alliierten selbst. Von den 9.600 Bediensteten der Stadt Hannover wurden 1.250 entlassen. Die Hannoverische Presse schrieb 1949: »Der harmlose Briefträger ist unter die Räder gekommen, der Kreisleiter und typische Parteibeamte sonnt sich im Glanze persilscheingebleichter Unschuld. Eine Aufarbeitung die Juristen betreffende Vergangenheit ist erst spät in Ansätzen erfolgt. In

einer verdienstvollen Serie berichtet darüber die HAZ.<sup>4</sup> Im Bericht über einen Nachkriegsprozess von 1955 wird dargestellt, dass ein junger Mann, Walter Timpe, neben anderen von der durch den Kalten Krieg geprägten Justiz *kriminalisiert* worden ist. Ein Artikel über die Lebensgeschichte von Walter Timpe, damals KPD/FDJ, heute 75 Jahre alt, ist ebenfalls in der HAZ erschienen.<sup>5</sup> Walter Timpe ist übrigens später das Bundesverdienstkreuz verliehen worden. »Ohne zu wollen wurden kommunistische Angeklagte jener Zeit zu Zeugen für ein dunkles Kapitel in der niedersächsischen Landesgeschichte: die braunen Flecken auf der Robe der Richter. 1997 beschrieb die damalige Justizministerin Heidi Merk die Lage nicht ohne Bitternis: »Was ist nach dem Krieg aus den Juristen des Dritten Reiches geworden? Um es kurz zu machen: Sie waren fast alle wieder da«.

### *5. Entwicklungsschritte zusammengefasst – zeitgeschichtlicher Abriss*

In jüngster Zeit sind in den Medien zusammenfassende Darstellungen über die Nachkriegszeit erschienen.<sup>6</sup> Sie seien kurz zusammengefasst und ergänzt: Am 5.4.1951 gab Adenauer eine Ehrenerklärung für die Soldaten der Wehrmacht ab. Diese Aussage dehnte er Ende 1952 auf die Angehörigen der Waffen-SS aus. Sie wurden dadurch moralisch entkriminalisiert. Am 11.5.1951 wurden rund 430.000 bei der Entnazifizierung entlassene Beamte und Berufssoldaten rehabilitiert. Bezüglich der späteren Gründung der Bundeswehr, bei der ehemalige Soldaten der Wehrmacht zu Offizieren ernannt worden sind, sei an Adenauers berühmt gewordenes Wort erinnert: »Ich kann keine Achtzehnjährigen zu Generalen machen.«

Am 21. Februar 1953 löste sich auf Weisung der SED die 1947 gegründete »Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes« [VVN] auf; die Begründung: in der DDR seien »alle Wurzeln des Faschismus ausgerottet« und es bestehe kein Bedarf mehr für die Organisation. Die in der BRD weiterhin aktive Organisation stand dort im Ruf, DDR-nahe zu sein. Als Beispiel für die Verwendung früherer Nazis als hohe Beamte gilt die Ernennung Hans Globkes (Verfasser eines Kommentars zu

---

4 Klaus Wallbaum: Recht(s)sprechung. In: »Hannoversche Allgemeine Zeitung« vom 15. Dezember 2006. S. 6.

5 »Wir waren keine Verbrecher« von Thorsten Fuchs. In: »Hannoversche Allgemeine Zeitung« vom 13. November 2006. S. 11.

6 So z. B. im »Stern« 14/2005. S. 88f.

den Nürnberger Rassegesetzen) am 27.10.1957 zum Staatssekretär im Bundeskanzleramt. Als Antwort der DDR kann der Ost-Berliner »Ausschuss für deutsche Einheit« gewertet werden, der Kampagnen gegen die Justiz der Bundesrepublik durchführte. Am 6.11.1958 wurde in Ludwigsburg die »Zentralstelle zur Verfolgung von NS-Verbrechen« gegründet. Sie leitete in fast fünf Jahrzehnten fast 100.000 Ermittlungsverfahren ein, die zu 6.500 rechtskräftigen Verurteilungen führten. Von Oktober 1960 bis Mai 1961 wurde im Deutschen Fernsehen (ARD) die 14-teilige Dokumentation »Das Dritte Reich« gesendet und damit das erste Mal ausführlich die Judenvernichtung dargestellt. Am 5.7.1963 beschloss die Kultusministerkonferenz [KMK] Richtlinien für die Behandlung des Totalitarismus im Unterricht. Eine weitere Diskussion der 60er Jahre betraf die Aufhebung der Verjährungsfrist für die NS-Morde. Sie wurde zunächst verlängert und dann 1979 aufgehoben. Nachhaltige Diskussionen der 70er Jahre bezogen sich auf die Person des früheren Marinerichters Hans Filbinger. Er war in der Union als ein Kandidat für das Amt des Bundespräsidenten vorgesehen. In diesem Zusammenhang wurde seine Beteiligung an Todesurteilen noch einige Tage nach Kriegsende im Mai 1945 bekannt. Als exemplarisch für seine Berufsgruppe gilt sein Ausspruch: »Was damals Recht war, kann heute nicht Unrecht sein.« Am 7.8.1978 wurde er zum Rücktritt vom Amte des Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg gezwungen. 1979 wurde die US-Serie »Holocaust« in den Dritten Programmen gezeigt. Sie erschütterte Millionen Zuschauer. Eine üble Begleiterscheinung waren Angriffe von Rechtsradikalen auf die Sendeleitung. Aus den 80er Jahren sei die Verabschiedung des »Auschwitz-Lüge-Gesetzes« zu nennen (25.4.1985). Eine langfristige Diskussion gab es ab 1986 um Ernst Noltes Thesen über die Ursache des Holocaust als eine Folge der bolschewistischen Revolution, eine Diskussion, die als »Historikerstreit« in die Geschichte der BRD eingegangen ist. Im Zusammenhang mit der »Wehrmachtausstellung« ab dem 5.3.1995 wurde vom Bundesminister für Verteidigung Volker Rühe (CDU) am 17.11.1995 klargestellt, dass die Bundeswehr nicht in der Tradition der Wehrmacht stehe. Am 3.1.1996 erklärte Bundespräsident Roman Herzog den 27. Januar, den Jahrestag der Befreiung des KZ Auschwitz-Birkenau, zum Holocaust-Gedenktag.

### *6. Aspekte aus der Nachkriegszeit – Wahrnehmung und Gefühle*

Es gab immensen Nachholbedarf der um ihre Jugend betrogenen »Kriegsgeneration«: selbst bestimmte und gestaltete Freizeit, Musik, Theater,

Kino, Reisen, Konsum und Spaß. Theodor Heuß forderte in seiner ersten Neujahrsansprache die Freilassung aller Kriegsgefangenen und traf damit die Gefühle von Menschen in allen Teilen Deutschlands. Die Problematik derer, die an Kriegsverbrechen nachweislich beteiligt waren, blieb ausgespart. Stattdessen galt eine ganze Generation lang das Stereotyp: Die »Wehrmacht« war sauber geblieben und hatte damit ihre »Ehre« nicht verloren – ein klassischer Fall von *Legendenproduktion* und *Mythenbildung*: Die Verbrechen waren von den »Einsatzgruppen der SS« hinter der Front begangen worden. All diese Entwicklungsstränge sind kennzeichnend für die psychosozialen Entwicklungsstränge, für Mythenbildung und die Konstrukte von Legenden: »Die Wehrmacht ist *sauber* geblieben.« »Die Soldaten haben (nur) ihre *Pflicht* erfüllt.« »Hitler hat die Autobahnen gebaut und die Arbeitslosen von der Straße geholt.« »Man konnte abends sicher und ruhig auf der Straße gehen.« All diese Stereotype sind in der Bevölkerung gegenwärtig.

Im Täter-Opfer-Geflecht hat die Sowjetunion eine bis heute nicht vollständig geklärte Bedeutung. Es scheint, dass die Schlüssel zur Klärung des Geschehens auf der individuellen wie kollektiven Wahrnehmungsebene einerseits und andererseits den Konstrukten von Realität liegen, in Auslassungen, Tabuisierungen, dem Verbot von Wahrhaftigkeit in der Dokumentation des Geschehens, insbesondere den Gewalttaten am Ende des Krieges. Das Gefühl, Opfer zu sein, einer Opfergruppe anzugehören, überlagerte den Sachverhalt, Täter, Mittäter und Angehöriger einer Tätergruppe<sup>7</sup> zu sein. Dieser zweite Aspekt wurde in der westdeutschen Gesellschaft verdrängt, abgeschwächt, anathematisiert oder einfach vergessen. Es gilt für die *Politik*, die *Wissenschaft*, die *Schule* und die Gesellschaft im Allgemeinen. Die Gegenkräfte waren in allen gesellschaftlichen Gruppen in der Minderheit. Sie kamen vor allem aus den politisch links stehenden sowie dem kirchlichen Milieu und aus Intellektuellenkreisen. Vereinigungen wurden kriminalisiert (wie die KPD durch ihr Verbot) oder diskreditiert.

## 7. Der Umschlag

Die entscheidende Zäsur erfolgte in der westdeutschen Öffentlichkeit durch den »Auschwitz-Prozess« im Jahre 1961. Die FAZ druckte damals

---

7 Der Begriff »Tätervolk« ist inhaltlich und moralisch zu verwerfen, da er als Negativstereotyp eine kollektive Stigmatisierung bedeutet und zu Diskreditierungen verwendet wird.

täglich die Gerichtsprotokolle ab. Schlagartig wurde man sich jetzt der Problematik bewusst. Es begannen Diskussionen in der Breite der Bevölkerung. Vielfältige Publikationen erschienen. Die »Auschwitz-Ausstellung« wurde in den Städten gezeigt. Schulklassen besuchten diese. In Schulen und Universitäten beschäftigte man sich mit der Thematik. Eine hervorzuhebende Rolle hatten die Bundeszentrale sowie die Landeszentralen für politische Bildung. Von den 50er zu den 60er Jahren war gesellschaftspolitisch ein Wechsel eingetreten. Gegenüber dem Osten war das Feindbild reduziert worden. Synonyme dafür waren z.B. das »Taufwetter« und die »Chrutschow-Ära«. Kulturell hatte es den Wechsel von der Behäbigkeit, der erzwungenen Moralhaftigkeit, der Doppelmoral gegeben zu einer permanent zunehmenden Freizügigkeit. Die Wahrnehmungen der Kriegsgeneration traten in den Hintergrund.

In diese Phase trat der »Auschwitz-Prozess« ein mit seiner Schockwirkung. Gleichzeitig waren die Bildungsschichten offen für die Aufnahme des »Schockierenden«. Gleichwohl, die neue daraus folgende Rezeption der »Jüngsten Geschichte« mündete in Teilbereichen der Gesellschaft – in der Linken, insbesondere auf der Basis der sog. »Studentenbewegung« – in eine neue antifaschistische Haltung. Eine systematische, der DDR vergleichbare »Antifaschistische Erziehung« war niemals gewollt und hat es auch nicht gegeben, konnte es auch nicht geben. Es bildeten sich andererseits in der westdeutschen Gesellschaft z. T. *nostalgische*, aber eindeutig neofaschistische Bewegungen heraus, die sich in diversen rechtsextremistischen Ausprägungen zeigten wie der DRP und z. B. in der 1964 gegründeten NPD. Dies war auch Anlass für didaktische Vorstöße. Es gab z.B. Ansätze in den Gewerkschaften, ein »antifaschistisches Äquivalent« in Betrieben und Schulen zu etablieren. Die GEW hat damals in nennenswertem Umfang didaktische und wissenschaftliche Publikationen herausgegeben.

Es bleibt folgende These festzuhalten: In Westdeutschland wurde die Bewegung – man mag sie demokratisch-kritisch bis antifaschistisch nennen – eher von den verschiedenen Gruppen der westdeutschen Gesellschaft getragen. Diese hatten mit erheblichen Widerständen seitens der damaligen politischen Eliten und insbesondere der wiedererstarkten alten Eliten zu kämpfen, die sie – als unfreundlicher politischer Akt – ins politische (linke) Abseits zu drängen und ihrer Ernsthaftigkeit wie Ehrenhaftigkeit zu berauben gedachten bzw. ihr diese absprachen.

## 8. Erklärungsversuche – Wahrnehmung und eigenes Leiden

Ein wesentliches Element zur Erklärung der Verdrängung des Geschehens der Nazizeit, die Nichtaufarbeitung in der Nachkriegszeit, scheint das eigene individuelle wie kollektive Unvermögen zu sein, die in der Leid-Erfahrung am Ende des Krieges und nach dem Kriege beruhen: in *Flucht, Vertreibung, erlittenen Gewalttaten, Hunger, Kälte* und *Not*. Man war glücklich, davongekommen zu sein, hatte überlebt und lebte nun karg und notdürftig, oftmals in Angst und Perspektivlosigkeit und mit nur geringer Hoffnung auf Besserung der Situation. Unabhängig davon ergaben sich für diese Menschen, die sich in unzulänglichen Lebenssituationen befanden, Elemente des *Glücklichseins*. Man wollte vergessen und verdrängte möglichst all das Erlebte und selbst Erlittene. All dieses geschah ohne jegliche Hilfe zur Bewältigung der Traumata.

Sicherlich ein gewichtiges Problem war die Unmöglichkeit der offenen Thematisierung erlittenen Unrechts, an dem die Sieger beteiligt gewesen waren. Man musste mit den eigenen Leidensgefühlen, dem Gefühl erlittenen Unrechts fertig werden. In der sowjetischen Zone mussten die Sieger zudem als Befreier definiert werden. Kritik war dort nicht nur tabu, sondern mit höchster Gefahr verbunden. In der britischen Zone waren die Engländer die *Besatzungssoldaten* der Militärregierung. Die Zuordnung einer »Befreiung« war nicht üblich. Man sprach stattdessen vom *Zusammenbruch*, dem *Kriegsende*, der *Kapitulation*, auch der bedingungslosen Kapitulation als *Katastrophe*. Man drückte es abschwächend relativ neutral aus und vermied politisch-moralische Wertungen. Allerdings waren es gerade die britischen Soldaten, von denen das Bild existierte, im Kriege und danach sich korrekt verhalten zu haben. Das Bild von den Amerikanern war zunächst weniger positiv, wurde aber bald durch die Bilder von den Kaugummi und Zigaretten spendenden Soldaten sowie den Care-Paketen aus Amerika überlagert und ins Positive verkehrt. Die Eindrücke von französischen Besatzungssoldaten waren widersprüchlich.

Das Bild der sowjetischen Soldaten in der Öffentlichkeit war eher beschrieben mit *gewalttätig* und *raubend*, andererseits standen dagegen die kolportierten Einzelerfahrungen aus der Gefangenschaft: *menschlich* und *gutmütig*. Die Bilder von den russischen Soldaten in der Endphase des Krieges blieben allgegenwärtig: Die von Jagdflugzeugen beschossenen Flüchtlingstrecks auf dem Kurischen Haff, die Panzerkolonnen, die brutal und rücksichtslos die Flüchtlingstrecks überrollten und Tod und Zerstörung hinterließen, die »Gustloff«, die voll gestopft mit Frauen und Kindern am 30.01.1945 von einem russischen U-Boot

versenkt wurde. Die Geschehnisse waren als inhuman und böse wahrgenommen und führten zu entsprechenden Eindrücken und Wertungen, aus denen Stereotype erwachsen. Wesentlich trug dazu bei, dass in Presse, Rundfunk und später dem Fernsehen dokumentarische Berichte in großer Regelmäßigkeit erfolgten. Im Westen führte sie zu einer Kumulation von Negativbildern, zum Schwarz/Weiß-Denken, zu Angst, ohnmächtiger Wut und Hass bei den Betroffenen. Und immer wieder tauchten diese Berichte und Bilder in der Presse auf! Kolportiert wurden Erinnerungen und Meinungsbilder in der vielfältigen Heimatpresse, den Blättern der Rechtspresse und außerdem bis über die fünfziger Jahre hinaus in der Yellow-press.

Der kollektiv in Westdeutschland erhobene Vorwurf war der des »nationalen Verrats«, gerichtet an die deutschen Kommunisten und diejenigen, die in der SBZ/DDR Funktionen innehatten. Selbst wenn dieser selten ausformuliert wurde, war er immer latent vorhanden. Ein weiterer gewichtiger Aspekt zur Bildung von Stereotypen war der völlig unzureichende Informationsfluss aus den Gebieten östlich des »Eisernen Vorhangs«. Dass es dort keine Informationen aus dem Westen gab, war zunächst nicht bekannt. In diesen Gebieten war der Besitz eines Radios für die verbliebene deutsche Bevölkerung seitens der sowjetischen Besatzer bei schwerer Strafe verboten. Die 1945 und 1946 zwangsweise Ausgesiedelten berichteten im Westen darüber und trugen dadurch erheblich zur Bildung neuer negativer Stereotype bei. Basis war eine wesentlich mündliche Verbreitung sowie kleinere Broschüren der Vertriebenenverbände oder der Heimatvereine.

Aus der sowjetischen Zone wurde eine Vielfalt von Informationen kolportiert, allerdings oft widersprüchlich und von unklarem Wahrheitsgehalt. Schon vor der Gründung der DDR tauchten deren Propagandisten in Westdeutschland auf, die gezielt ein positives Bild von den »Segnungen des Sozialismus« zu verbreiten suchten. Im zeitlichen Zusammenhang mit dem sich abzeichnenden sog. »Wirtschaftswunder« zu Beginn der fünfziger Jahre kehrten sich diese Propaganda-Aktionen in die gegenteilige Wirkung um. Man glaubte den Kommunisten der SED nicht. Alle Negativstereotypen der Vorkriegszeit: einerseits *proletenhafter Habitus*, andererseits konkurrierende und *gefährliche Intellektuelle* hatten sich mit den Resten der »Bolschewismus-Propaganda« der Kriegszeit und der *Russenangst* überlagert. Die dem Sehnen vieler nach bürgerlich bzw. mittelschichtenspezifisch gewordene Welt ordnete ihnen alles Negative zu: Ausübung illegitimer Gewalt in einem *Unrechtsstaat*, eine gegen die *Freiheit* gerichtete *Zwangsausübung*. In diesem gesamten Komplex waren die Taten des Nationalsozialismus/Faschis-

mus, das gewesene Böse, an den Rand des Bewusstseins gedrängt worden. Im ungeheuren Nachholbedarf des neuen »Wirtschaftswunderlandes Bundesrepublik« der 50er Jahre gab es kaum noch Platz für *Verarbeiten, Bedauern, sich Schämen und Bereuen*.

Diese Prozesse korrelieren – zumindest zeitlich – mit dem abnehmenden Bewusstsein bezüglich der Untaten in der Nazizeit im Allgemeinen und während des Krieges insbesondere in Osteuropa. Die Genozide gar an Juden, Polen und Zigeunern, waren betreffend ihres Ausmaßes und ihrer Schuldfrage nicht im Bereich des kollektiven Bewusstseins der großen Mehrheit der Bevölkerung angekommen. Die Verdrängungsmechanismen in der Bevölkerung korrelierten mit den Tendenzen der zumindest temporären Anathematisierung. Diese Bereiche der »Taten« und der »Schuld« waren auf einen engen Bereich personalisiert worden. Dazu gehörten Hitler, Himmler, Göring und Goebbels, nicht einmal alle in Nürnberg als Kriegsverbrecher verurteilten Generale/Admirale und sog. *Wirtschaftsführer*. Wenn man den verurteilten *Militärs* (Keitel, Jodl, Dönitz) in der Volksmeinung keine wirkliche Verbrechen Schuld zuordnete, wie konnte man es deren *Untergebenen* – also der Masse der Offiziere und gar der Soldaten? Dönitz und Speer hatten im Nachkriegsdeutschland in einigen Bevölkerungsgruppen ihre Bewunderer, zeitweilig auch der nach Südamerika emigrierte Oberst Rudel, ein Alt-nazi, als höchst dekoriertes deutsches Soldat des II. Weltkrieges, der von der rechtsradikalen Szene vereinnahmt und zeitweilig von der Presse »vermarktet« wurde.

Das wesentliche Problem besteht darin, dass kaum jemandem wirklich bewusst geworden ist, dass z. B. der Generalfeldmarschall Keitel an höchster Stelle mitverantwortlich gewesen ist für Millionen Tote im Kriege, einschließlich seiner Mittäterschaft durch höchste Verantwortung bei den spezifischen Kriegsverbrechen der Wehrmacht. Und dafür ist er schließlich vom Internationalen Kriegsverbrechertribunal in Nürnberg verurteilt worden. Der Kern der Problematik, nämlich Täter und Verantwortlicher von Verbrechen im Kriege zu sein, diese Realität ist nicht in das Bewusstsein der Bevölkerung eingedrungen.

Die NSDAP und ihre Unterorganisationen sind 1945 von den Alliierten verboten worden. Deren Besitz, wurde konfisziert. Das Benutzen oder Zeigen ihrer Symbole wurde unter Strafe gestellt. Die BRD übernahm 1949 dieses als geltendes Recht. Der Freistaat Bayern übernahm z. B. die Rechte am »Eher-Verlag« und kann damit den Nachdruck von »Mein Kampf« untersagen. Die Verstrickung der Funktionseliten – unabhängig davon, in wie weit sie mit der Nazi-Ideologie verbunden oder in das NS-Herrschaftssystem involviert waren –, wurde nach dem Kriege

als »gewesen« und für die Nachkriegszeit zwar als Problem der Ursache von Zerstörung und Leid angesehen, aber weniger als Problem damaliger aktueller Gegenwartsbewältigung.

Sicherlich nicht unbeträchtlich war das Maß an Identifikationsmustern, die in der Bevölkerung durch die Propaganda der Medien bis zum Kriegsende erzeugt worden waren. Die Positivdarstellungen bis hin zum Konstrukt von Heldenmythen (Rommel, U-Boot-Kapitäne, Jagdflieger) wirkten nach. Die Schandtaten wurden verdrängt. Ein wesentlicher zur Erklärung dienender Aspekt wird oft – weil offenbar in der Wissenschaft nur ephemär betrachtet – vernachlässigt. Es handelt sich um familiäre Beziehungen sowie gruppen-spezifische Loyalitäten in Vereinigungen und Betrieben. Sie liegen allesamt auf der Gefühlsebene und sind mit Stimmungen, Ängsten, Hoffnungen und Traumata verbunden. Da ist das Bangen um den Sohn, Kollegen, Kameraden und Freund in der Gefangenschaft, die schwindende immer wieder aufkeimende und nie ganz aufgegebene Hoffnung um all die vermissten Soldaten, dabei zugleich das Verdrängen der wahrscheinlichen Tatsache, dass diese nicht erfassten »Verluste« zumeist einen schrecklichen Tod gefunden haben.

In dieser Situation, die sich durch zunehmende Gewalttaten kennzeichnet, die sich für die Zivilbevölkerung in Deutschland ab der zweiten Hälfte des Jahres 1944 einstellte und in zunehmende Brutalität über das Kriegsende hinaus allgegenwärtig wurde, konnten antifaschistische Ansätze, die zwangsläufig die Fragen nach Verursachung und Schuld enthielten, nur am Rande in dieser geschlagenen und z. T. entwürdigten Gesellschaft entstehen und dadurch auch nur am Rande wahr genommen werden.

Zurückblickend ist festzustellen, dass niemand mit der Situation, die sich 1945 ergab, »fertig wurde«, d.h. psychisch verarbeitete: zunächst die »Ausgebombten«, dann die »Umsiedler«, die sich selbst als »Flüchtlinge« oder »Vertriebene« verstanden, die »Spätheimkehrer«, dann die »Spätaussiedler«. Im Verwaltungsdeutsch ergaben sich weitere juristisch differenzierende Begriffe für diese Menschen, die insgesamt die Schicksale von *Nazizeit*, *Krieg*, *Haft*, *Verschleppung*, *Unterdrückung*, *Entrechtung*, *Entwürdigung*, *Enteignung* ertrugen und allesamt psychische und physische Qualen erlebt hatten. Sie waren alle mehr oder weniger traumatisiert.<sup>8</sup> Kaum jemand war unbeschadet herausgekom-

---

8 Hilfestellungen seitens der Medizin oder der Psychologie gab es nach dem Kriege faktisch nicht. Im Westen gab es tendenziell die Rückkehr zur Religion. Die Kirchen vollbrachten nicht unerhebliche Leistungen, wobei es in der Regel einzelne Pastoren/Priester waren.

men und hatte unbelastet überlebt. Eine zusätzliche und z. T. gewollte, aber ungesteuerte Belastung stellten die nicht belegten *Informationen* dar, deren Wahrheitsgehalt nicht überprüfbar und damit auch nicht widerlegbar waren, die aber erheblich zur Meinungsbildung beitrugen. Es bildete sich ein Klima der Neubildung als abgelegt geglaubte Stereotype heraus. Resultat war die latente Angst vor dem Osten als kollektive Psychose, die »Russenangst«.

### 9. Erklärungsansätze zur Nichtbewältigung

Die Frage nach dem *Warum der Nichtbewältigung* leitet Heinrich August Winkler ab. Ein Element dieses Fragenkomplexes ist die andere Wahrnehmung und Struktur des Ersten Weltkrieges gegenüber dem Zweiten. Dann die Ermöglichung der »Dolchstoß-Legende« im Wesentlichen durch Nichtveränderung der sozialstrukturellen Machtverhältnisse nach 1918. Die objektive Situation war nach 1945 durch die vollständige Machtübernahme der Alliierten grundsätzlich verändert. Winkler bezieht die Gedanken Thomas Manns in seine Überlegungen ein aus dessen Rede vom Mai 1945, unmittelbar nach Kriegsende in Europa. Neben dem häufig genannten Argument, dass Deutschland nie eine Revolution gehabt habe, stellt er den Sachverhalt heraus, dass »den Deutschen ihr Zugang zur Innerlichkeit« mehr Unglück als Glück gebracht habe. Die Deutschen seien durch die »deutsche Romantik« ein »Volk der romantischen Gegenrevolution gegen den philosophischen Intellektualismus und Rationalismus der Aufklärung« geworden. In Deutschland hat man es nicht vermocht, den Begriff der Nation mit dem der Freiheit zu verknüpfen.

Es gilt als Erkenntnis-Grundlage, dass Thomas Mann in seinem »Stück deutscher Selbstkritik« etwas Wesentliches getroffen hatte, nämlich den Grundwiderspruch der deutschen Geschichte. Kulturell ein Teil des alten Okzidents, hatte Deutschland sich politisch ganz anders entwickelt als seine Nachbarn. Es war sehr viel später als England und Frankreich ein Nationalstaat geworden und noch später eine Demokratie. Thomas Mann wandelte sich zum Befürworter der Demokratie; viele andere deutsche Intellektuelle nicht. Diese prägenden Intellektuellen »überlebten« das Jahr 1945 noch lange auf westdeutschen Lehrstühlen und in den Redaktionsstuben meinungsbildender Zeitungen. Die (politisch-gesellschaftliche) Nichtbewältigung der Nachkriegszeit knüpft an die (kulturell-gesellschaftliche) des »langen« 19. Jahrhunderts und der Zeit danach bis 1933 an.

Die negativen Erscheinungen am Kriegsende, hervorgerufen durch Soldaten der »Roten Armee«, waren tiefer im Bewusstsein der Bevölkerung eingeprägt. Bekannt ist das Foto von einem russischen Soldaten, der einer deutschen Frau deren Fahrrad wegreißt. Ein weiteres Beispiel ist das Foto, das ein russischer Fotograf aufgenommen hat, als die »sieg- und ruhmreichen Soldaten« die Rote Fahne auf dem Reichstag hissten. Es musste nachgestellt werden, da ein Soldat an seinem Arm mehrere Uhren trug. Das »Uri, Uri« klang noch vielen Menschen im Ohr; viel schrecklicher aber das »Frau komm!« All diese Beispiele wurden in Gazetten in Westdeutschland bis über die sechziger Jahre hinaus gedruckt und reproduziert. Sie waren sicherlich auch im östlichen Teil des besetzten Deutschlands, der SBZ/DDR, bekannt. In einer Atmosphäre, in der Einzelgänger fremden Unrechts auf vielfältigen Wegen in den Vordergrund drangen, bleibt kein Raum mehr für die Besinnung auf eigene Taten.

Die Fragestellung verschiebt sich zugleich mit dem Wandel im historisch zurückliegenden Prozess, in den Wahrnehmungen der ersten fünfzehn Jahre nach dem Ende des Krieges: Statt institutionell nicht wirklich gewolltem und schon gar nicht durchgesetztem »Antifaschismus« – oder vergleichbaren Ansätzen, die nicht mit sozialistischer Diktion verbunden sind. Eine gesellschaftliche Entwicklung, die sich in Strömen und Bereichen kanalisierte, die durch »Kalten Krieg«, *Nachkriegselend* und nach und nach das »Wirtschaftswunder« gekennzeichnet sind, jeweils verbunden mit dem Sehnen nach der »schönen und heilen Welt«. Vielleicht ist eine Erklärung möglich über die Funktion der *gesellschaftlichen Lüge* als psychosoziale Methode der Befriedung einer Gesellschaft einerseits und der Stabilisierung des Ordnungssystems andererseits. Darunter sind die Widersprüche zu verstehen zwischen »offiziellen« *Leitbildern* von *Erziehung* und *Zusammenleben* in Gemeinschaften, die z. B. transponiert und installiert werden über etablierte Selbstorganisationen (Kirchen/Parteien) oder staatliche Träger (Schulen) und andererseits den Erscheinungen in der realen Gesellschaft.

### 10. Verdrängungsmechanismen?

Als überlegenswert, verbunden mit weiteren Diskussionen, können die folgenden Gedanken gelten. Sie beziehen sich auf jüngst in der engagierten Presse diskutierte Thesen von Götz Aly. Hans-Ulrich Wehler äußert sich kritisch zu diesen Thesen. Er macht dabei aber folgenden Denkfehler in der Bewertung des *NS/Faschismus*, bei dem er allerdings

nicht allein steht: Dazu gehört die Überbewertung des Führerkultes, d. h. die ideologische fundierte *freiwillige Loyalität*, die im sog. *Führerkult* kulminierte. Man sollte diesbezüglich auf die massenpsychologische Forschung zurückgreifen. Diese bietet genügend Erklärungsmuster für das »In-Szene-Setzen« von Diktatoren zumeist als Vaterfiguren. Dazu gehören z. B. Hitler, Stalin, Mao, als Genozide resp. Massentötungen zu verantwortende Machthaber. Loyalitäten einer etablierten Bevölkerung werden in der Regel materiell erkaufte [Aly] und durch »Realitäts-Konstrukteure« legitimiert, stabilisiert und perpetuiert. Die wesentlichen Denkbarrieren und -hemmungen, die Wehler in seiner Abneigung gegenüber dem Materialismus offenbart, ist die Tatsache, dass Ideologien im Wesentlichen Legitimationsfunktionen haben. Sie sind gewollte, geplante und durchdachte, d. h. bewusst konzipierte und angewandte Konstrukte zur – in der Regel nachträglichen, aber auch der vorausplanenden – Enteignung, von Raub und Plünderung einschließlich der damit verbundenen Gewalttaten bis hin zur Tötung von Menschen. Das Produzieren und Reproduzieren von Vorurteilen, das Säen von Hass ist die immer wiederkehrende »Aufgabe« dieser Personengruppen. Im Rückschluss bedeutet sein Ansatz: Der Führerkult war 1945 bis auf wenige Reste zerbrochen; er kann als nachhaltig zerstört betrachtet werden. Das in der NS-Zeit aufgebaute relative Bevorzugungssystem, die materiellen Einrichtungen aus der Nazi-Zeit (ein moderner Begriff wäre: sozialstaatlich) – und dieses hat Götz Aly erforscht und dokumentiert – blieb in der Bewunderung der Deutschen bestehen, wenn auch teilweise als eine Art Trotzreaktion.

Ehemalige Nazis hatten ihre Ideologie abgelegt – dieses mag und darf zweifellos als vollzogen betrachtet und als solches anerkannt sein. Dies wurde vor allem dadurch möglich, dass das Vorhandensein einer NS-Ideologie selbst ein Ideologem, eine bewusste Fehldeutung der kulturellen Realität war. Die sog. »NS-Ideologie« war nicht nur *nicht konsequent* – im Gegenteil: *außerordentlich widersprüchlich* und *fragmentiert*. Sie war nicht als Realitätsdeutung geschlossen anwendbar. Sie bestand aus Schlagworten, Handlungsoptionen und emotionalisierten Werteorientierungen, aus dem aktualistisch die politisch jeweils »passenden« Verständigungstopoi herausgelesen werden konnten.

Aus den genannten Gründen konnten ehemalige »überzeugte Nazis« nach dem Kriege ihre jeweils persönlichkeitsbestimmenden Ideologie-Fragmente (autoritäre Fixierungen, Rassismus etc.) behalten und in ein demokratisches Umfeld hinübernehmen und auf diese Weise neu legitimieren. Das eigentliche Problem besteht nun darin, dass damit zugleich der NS/Faschismus als »historisch beendet« angesehen wer-

den konnte und kein Bewältigungsbedarf seitens dieser Personengruppe mehr bestand. Und dieses war offenkundig die Mehrheitsposition in Westdeutschland. Nicht zu unterschätzen sind die Nachwirkungen der tatsächlichen oder auch nur propagandistischen von Aly herausgearbeiteten sozialpolitischen Wohltaten. Die Intellektuellen, Lehrer, Juristen, Ärzte und Ingenieure aus der Nazizeit haben sich bezüglich einer Schuldfrage oder einer möglichen Verantwortung ausgeblendet. Dieses ist ihre historische Schuld. Man hat als Ausdruck von Selbstbetrug gesagt: »Es war ein Irrtum.« oder: »Man hat sich geirrt.« Es war ein fataler Trugschluss. Ein aktueller Anlass ist die Diskussion innerhalb des Außenministeriums betreffend der Würdigung verstorbener früherer Mitarbeiter. Interessant ist der Widerstand von Mitarbeitern gegenüber der Anweisung, frühere NSDAP-Mitglieder nicht mehr in einem Nachruf zu würdigen. Der »NS/Faschismus« ist eben kein »brauner Mantel«, der abgelegt, oder weil beschmutzt, mit Persil gereinigt werden konnte.

Die zu spät und in zu geringem Maße erfolgte Bewältigung von Krieg und Nazi-Diktatur hatte eine Ursache in der unbewältigten und bis heute nicht konsensual geklärten Vorkriegsgeschichte. Dies gilt für die Zeit unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg sowie für die Zeit ab der Weltwirtschaftskrise.

### *11. Bildung von Negativstereotypen: zur Ableitung und Ablenkung – Wirkungen bis heute?*

»Antifaschismus« wie »Antikapitalismus« dienen als Legitimation für eigene Kampfziele: vertikal mit dem Ziel der Egalisierung einer Gesellschaft, aber unter dem Verschweigen der neuen Hierarchie-Bildung, neuer Machtssysteme und -strukturen, in horizontaler Sicht verbunden mit Ideologien des Egalitarismus. Der »Antikapitalismus« dient auch der Legitimation des eigenen konkurrierenden ökonomischen Modells: Sozialismus als »System der Planung und Lenkung« von *Produktion* und *Konsumption*. Der »NS/Faschismus« vertrat ideologisch eine scheinbare Egalisierung. Das eine, die Beibehaltung der vertikalen Gesellschaftsstruktur, die im Wesentlichen eine Beibehaltung der »alten« Sozial- und Machtstruktur bedeutete, gilt in der westlichen Bürgergesellschaft als legitim. Als rechtswidrig sind einzuordnen die Ausgrenzung, Entmachtung, Enteignung und letztlich – als Gipfel des Verbrecherischen – die Tötung von Menschen. Dieses alles geschieht auf einer vorgeblich horizontalen Ebene. Diese Beibehaltung der alten Gesellschaftsstruktur,

ihre Wiederherstellung dort, wo sie in der NS-Zeit beeinträchtigt war, könnte als ein wesentlicher Aspekt in der Begründung dafür genannt werden, dass ein *radikaler* »Antifaschismus« nicht stattfand. Die reproduzierten Negativbilder des Antikapitalismus in der DDR dienten der Abschwächung der eigenen Fehler und Unzulänglichkeiten.

Stereotypbildung ist grundsätzlich funktional einzuordnen; sie ist zugleich als ein duales, gegenläufiges und interdependentes System zu verstehen. Eine objektive, d. h. eine aus dem Kontext isolierte Bestimmung, ist nicht möglich. Ebenso ist eine Definition von Wahrheit nicht möglich. Dies geschieht nur im theologischen Anspruch.

Der Antifaschismus hat eine ideologische »Legitimationsfunktion« für die jeweils eigene Figuration: Sie ist eine immanente Voraussetzung und dient damit zwangsläufig der Fortexistenz der Gesellschaft in ihrem Spannungsgeflecht, ihren Macht- und Existenzkämpfen. Ein Antisystem ist grundsätzlich in seiner Blickrichtung in die Vergangenheit gerichtet und legitimiert gleichzeitig ein neues in die Zukunft gerichtetes *Denksystem*. Es ist diesem funktional verbunden, kann aber eine Leitfunktion haben. Dieses stellt wiederum eine ethisch-politische Rechtfertigung dar. Eine Antiideologie kann im Bedarfsfall die mangelnde Legitimation eines Staates über demokratisch-rechtsstaatliche Prinzipien – scheinbar – ersetzen. Dies geschieht auf ideologischer bzw. Propaganda-Ebene; möglicherweise auch an der Fassade und mit innerer Hohlheit. Da der »NS/Faschismus« der *kleinbürgerlichen* bzw. der abgesunkenen *bürgerlichen* Schicht entstammte, war es schwerlich möglich, in der sich jetzt als *demokratisch* verstehenden Figuration – der sich *nivellierenden Mittelstands-Gesellschaft* im westlichen Nachkriegsdeutschland – nennenswert und substantiell einen »Antifaschismus« zu etablieren.

Es geht damit bei unseren Überlegungen im Wesentlichen nicht (mehr) um die Eingangs-Fragestellung, d. h. um das ursprüngliche Problem, betreffend den *Antifaschismus* sowie die *Bewältigung* des NS-Systems und seiner Ideologie wie der *Ausprägung* des Faschismus oder auch die *Bewältigung* der Nazizeit. Der Kern der Fragestellung verlagert sich zur Einbeziehung der Rahmenbedingungen, des Neu-Gegebenen und damit auf andere Ebenen. Das primäre Problem ist damit die Bildung wie Ausprägung von gegenseitigen und gegeneinander gerichteten Negativ-Stereotypen als Funktion der Bildung bzw. Schaffung neuer Herrschaftsstrukturen innerhalb neuer Prinzipien staatlicher Herrschaftsstrukturen und neuer Prinzipien von Machtausübung in den gegebenen Figurationen. Diese überlagert die Antifaschismus-Problematik.

Der ursprüngliche Ansatz basiert sehr stark auf einer moralischen Ebene, auch auf der Basis psychischer und anderer wahrgenommener Verletztheiten, als physisch erlittene Untaten, seine dem aus dem Überzeugungsdenken resultierenden Wünsche der radikalen Umkehr vom Weg des Bösen, der Zerstörung, Vernichtung, der Unmenschlichkeit. Die Philosophin Hannah Arendt stellte bei ihrer Rückkehr nach Deutschland im Jahre 1949, also 17 Jahre nach ihrer Flucht – bzw. nachdem sie aus Deutschland hinausgeekelt worden ist – fest, dass die Deutschen »keine Verantwortung hätten«. Dieser Gedanke trifft den Sachverhalt *deskriptiv* sehr gut. Es mag dahingestellt sein, in wie weit es die Deutschen im östlichen oder dem westlichen Teil dieses sich in Teilstaaten entwickelnden Deutschlands eher charakterisiert.

Das Tabu, an dem in den 60er und 70er Jahren versucht wurde zu rühren, ist die Involviertheit von Elementen der Nazi-Herrschaft, der Macht- und insbesondere deren Funktionseliten in der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft. Der Kern der *kritischen* Generation der sechziger und siebziger Jahre bestand in diesem Motiv, das damals ursprünglich als *ethischer* Beweggrund definiert worden ist. Im Kern: Das Problem lag darin begründet, dass »Belastete« in Entscheidungspositionen aufgestiegen waren und Skandale nach sich gezogen hatten. Ein gewisses zeitgeschichtliches Forschungsinteresse mag einigen Universitäten konzediert werden können. Da aber Instrumentalisierungen der Vergangenheit kaum noch erfolgen können, ist eine wirkliche Aufarbeitung, die einem breiten analytischen wissenschaftlichen Anspruch sowie einem didaktischen Umsetzungsanspruch genügt, nicht erkennbar.

Es muss noch einmal die Frage gestellt werden, was der »Antifaschismus« ist. Er ist kein *geschlossenes gedankliches System*. Ein Anti-System kann dieses nicht sein, wenn das *gegnerische*, das zu *ersetzen-de* selbst kein solches ist. Zum Ideologiecharakter des *Faschismus/NS* wird dazu an anderer Stelle etwas gesagt. Die bisher ausgeklammerte Fragestellung, die über die zeitgeschichtlich-soziologische Problemstellung hinausgeht, soll und muss einbezogen werden. Sie ist eher der politisch-rechtlichen Ebene zuzuordnen. Aus grundsätzlichen Erwägungen heraus soll dieser Ansatz an das Ende gestellt werden.

Welches sind nun die wesentlichen Elemente in Westdeutschland, man mag sie als *Abkehr*, *Umkehr* oder *Ablehnung* bezeichnen? Sie wurden mit der beliebten Formulierung: »Es dürfe sich nicht wiederholen!« plausibilisiert. Sie waren aber die wesentliche Grundlage für die inhaltliche Auskleidung des Neuen im Nachkriegsdeutschland. Im Unterschied zur DDR war niemals die Notwendigkeit gegeben, den »Antifaschismus« zu funktionalisieren.

Aus gutem Grund wurden die *Grundrechte* in den ersten Abschnitt der neuen Verfassung – des Grundgesetzes – aufgenommen. Weiterhin war Grundlage das *Rechtsstaatsprinzip*. Der NS-Staat wurde als »Unrechtsstaat« definiert. Dieses Prinzip wurde untermauert durch den *Widerstandsparagrafen*, der für den Fall der Verletzung des GG ein spezifisches Widerstandsrecht der Gesellschaft vorsah. Das *Demokratie-Prinzip* wurde als die »dritte Säule« über das *parlamentarisch-demokratische* Regierungssystem eingeführt und über das Grundgesetz einschließlich seiner Kontrollmechanismen garantiert.

Ein schwer zu lösendes Problem sind die Verhaltensweisen und die Bewusstseinsbildung in der westdeutschen Gesellschaft. Ansätze und Versuche sind im vorgelegten Text enthalten.

THOMAS AHBE

## Anti-Antifaschismus. Thesen zu den Kontroversen um den DDR-Antifaschismus seit 1990

Zum DDR-Antifaschismus ist seit 1990 vieles angemerkt worden – dass es ihn gar nicht gab, und er nur ein Mythos sei, dass es ihn gab, aber dass er eine Diktatur legitimierte, dass er wirkungslos war, oder eben dass er gewirkt hat, aber so, dass er Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit beförderte.

Die heutigen Kontroversen um den DDR-Antifaschismus – vor allem die Argumentationsmuster und die Energie mit der sie in Ost und West geführt werden – wurzeln zum *einen* in den konkurrierenden Identitäts-Diskursen. Sie stammen aus der Zeit der deutschen Zweistaatlichkeit und finden nach der Vereinigung in der DDR-Aufarbeitung ihre Fortsetzung. Der Vergleich des sich seit den 60er Jahren differenzierenden westdeutschen Diskurs zum Nationalsozialismus mit dem zur gleichen Zeit erstarrenden und wirkungslos werdenden Antifaschismus-Diskurs der DDR kompensiert die skandalöse und blamable Vergangenheitspolitik, die es im Westen bis zum Ende der 50er Jahre gab.

Zum *zweiten* geht es bei der Kontroverse um den Antifaschismus oft gar nicht um analytische Einseitigkeiten oder eine angemessene Deutung des Nationalsozialismus. Oft wird der Antifaschismus-Diskurs vor allem deswegen kritisiert, weil er unter den Legitimations-Diskursen der DDR der erfolgreichste war. Denn der DDR-Diktatur und ihrer kommunistischen Führungsgruppe floss und fließt durch die

---

1 Die vorliegende Skizze vollzieht thesenhaft den Inhalt meines Aufsatzes »Der DDR-Antifaschismus. Diskurse und Generationen – Kontexte und Identitäten. Ein Rückblick über 60 Jahre« (Leipzig: Rosa-Luxemburg-Stiftung 2007) nach. Dort sind auch die Belege und weitergehende Differenzierungen zu finden, auf die hier aus Platzgründen sämtlich verzichtet wurde.

– im Osten immer noch populäre – antifaschistische Deutung der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts ein gewisses Ansehen zu. Dieses Prestige soll durch die Demontage des Antifaschismus-Diskurses eliminiert werden.

*Drittens* schließlich gibt es eine politische Gegnerschaft zum antifaschistischen Diskurs wegen seiner prononcierten antikapitalistischen Tendenz, seiner kritischen Sicht auf das deutsche Bürgertum, auf seine Eliten und auf die Schwächen und aktuellen Perversionen der bürgerlichen Demokratie.

### *Konkurrierende Deutungen des Nationalsozialismus*

Was war der Nationalsozialismus?

Für beide deutsche Nachkriegsstaaten war der negative Bezug auf das »Dritte Reich« einer der wichtigsten identitätsstiftenden Bezugspunkte. Dennoch entwickelten beide Gesellschaften höchst unterschiedliche Darstellungen ihrer nationalsozialistischen Vorgeschichte. Beide erfüllten die gleichen Funktionen: Nach innen diente die Vergangenheitspolitik der politischen und kulturellen Integration sowie der Herrschaftslegitimation – nach außen der Auseinandersetzung mit der anderen deutschen Gesellschaft.

Die in der SBZ/DDR geltende Deutung des Nationalsozialismus nahm die unpopuläre Perspektive seiner Gegner und Opfer, zu denen die ostdeutsche Macht- und Kulturelite überwiegend gehörte, ein. Der im Osten verordnete Antifaschismus stand den Sichtweisen der sich ungerrecht behandelt fühlenden Mitläufer oder der sich frei von Verantwortung sehenden Nutznießer des Nationalsozialismus diametral entgegen.

Die ostdeutsche Analyse der nationalsozialistischen Vorgeschichte folgte der 1935 formulierten Dimitroff-Definition, die von einer Diktatur »der reaktionärsten, am meisten chauvinistischen, am meisten imperialistischsten Elemente des Finanzkapitals« sprach. Warum und wie weit diese Diktatur in der Bevölkerung ihren Rückhalt hatte, erklärte der spätere Kulturminister der DDR, Johannes R. Becher, 1945 so: »Die eigentliche Wirksamkeit erreichte die Naziideologie aber dadurch, daß sie materielle Vorteile versprach und breiten Schichten solche materiellen Vorteile auch zeitweise gewährte. Am Antisemitismus verdienten nicht nur die Banken, nicht nur die Reisebüros, sondern auch der ›arische Arzt‹, der die gutgehende jüdische Kassenpraxis inklusive Instrumentarium zu einem Spottgeld, wenn nicht gratis, übernahm. An dem

Kriegsausrüstungsgeschäft, den Kasernenbauten, der Herstellung von Waffen und Uniformen haben Hunderttausende kleiner Leute mitverdient. Von dem Ausrottungsfeldzug gegen freiheitliche Völker haben ebenfalls Hunderttausende profitiert, selbst die Vernichtungslager hatten ihre Nutznießer. Den eigentlichen Erfolg hatte die Naziideologie als Korruptionsideologie, als Ideologie des Eigennutzes, des hemmungslosen Geschäftemachens, als die Ideologie der nationalen Verklärung aller egoistischen Raffke- und Raubinstinkte.« So waren die Integrationsangebote der ostdeutschen Machthaber auch immer mit dem Verweis auf die Schuld der Deutschen verknüpft. Anfang 1946 kündigte Wilhelm Pieck in einer Rede in Halle/S. an, dass die kleinen Nazis trotz ihrer »Verantwortung dafür, dass Hitler diese Verbrechen begehen konnte«, nicht in »ewiger Verdammnis« bleiben sollten. Walter Ulbricht äußerte auf einer Innenministerkonferenz von 1948: »Wir müssen an die ganze Masse der Werktätigen appellieren, auch an die nominellen Nazis, an die Masse der technischen Intelligenz, die Nazis waren. Wir werden ihnen offen sagen: Wir wissen, dass Ihr Nazis ward, wir werden aber nicht weiter darüber sprechen; es kommt auf Euch an, ehrlich mit uns mitzuarbeiten.«

Der antifaschistische Diskurs zum Nationalsozialismus wies von Anbeginn an auf die *Möglichkeit*, auf den moralischen *Wert* und auf die *Opfer des Widerstands* hin.

Darin unterschied er sich sehr stark vom zeitgenössischen westdeutschen Diskurs, der die Bevölkerung des »Dritten Reiches« als Opfer der Nazis und der Alliierten sah. Man dämonisierte vor allem die Person Hitlers und sprach von der »satanischen Raffiniertheit« des Nationalsozialismus. Sehr verbreitet war die Rede von »Deutschland als besetztem Land«, davon, dass »Deutsche die ersten Gefangenen des Terrors waren« und die »letzten Opfer«.

Die westdeutschen Nachkriegs-Deutungen des Nationalsozialismus fielen in ihrem analytischen Niveau noch hinter die Ansätze zurück, die schon im Exil erarbeitet worden waren. Die Thematisierung von politisch-ökonomischen Zusammenhängen standen unter dem Generalverdacht des Marxismus. Statt dessen spielten religiöse und irrationale Verstehensformen eine große Rolle. Der Nationalsozialismus wurde »als Kulminationspunkt jahrhundertelanger, abendländischer Säkularisierung« erklärt. Die Kirchen, die sich bis 1949 als einzige noch intakte Ordnungsmächte und ungebeugte Gegenspieler des NS-Regimes stilisierten, verwahrten sich gegen Verurteilungen »aus dem Ausland« und warfen sich selbst zum Subjekt der Vergebung von Schuld auf. Die Sühne für die Verfehlungen und ein Schutz vor weiteren Anfechtungen der materialistischen Massengesellschaft – so ihre Botschaft – sei nur durch christ-

liche Lebensführung zu erlangen. Und noch 1961 schrieb der Historiker Golo Mann rehabilitierend von der unausweichlichen Verführung der Deutschen durch den »Dämon« Hitler, von »verschuldet-unverschuldeter Ausweglosigkeit« und dem »Zwang zu irren, wo es den rechten Weg nicht gibt«.

Insgesamt deutete der westdeutsche Diskurs den Nationalsozialismus als eine »wirre Zeit«, als eigentlich nicht zur deutschen Geschichte gehörige Phase, von der aus man nun wieder auf den traditionsreichen und guten Pfad der deutschen Geschichte zurückgekehrt sei. »Wir haben so verwirrte Zeitverhältnisse hinter uns, dass es sich empfiehlt, generell *tabula rasa* zu machen«, erklärte Konrad Adenauer in einer Kabinettsitzung zur Vorbereitung des ersten Straffreiheitsgesetzes von 1949.

Wer waren die Täter?

Auch in seinem Bild von den Verantwortlichen und Tätern unterschied sich der antifaschistische Diskurs sehr stark von der im Westen üblichen Deutung.

Den Erklärungen der politischen Elite des Westens gemäß, sei es nur »ein kleiner Prozentsatz von absolut asozialen Elementen« gewesen, der »wirkliche Verbrechen« begangen habe. Im Westen verwies das Bild von den Tätern typologisch auf die unteren, nichtbürgerliche Schichten. Die Täter stellte man sich als »Asoziale und Vorbestrafte« (Adenauer) vor, den SA-Schläger der »Kristallnacht« oder den sadistischen KZ-Bewacher – nicht den Akademiker hinter dem Schreibtisch. Anders als die »kleine Clique der Verbrecher« sei die Mehrheitsbevölkerung »trotz schwerer Zeiten anständig geblieben«. Auch heute wird noch oft und stereotyp auf den »bewahrten Anstand« verwiesen – einen zum Verhaltenskodex der bürgerlichen Gesellschaft gehörigen Terminus – wenn es darum geht, Täterschaft und Verantwortlichkeiten im »Dritten Reich« zu relativieren.

Das ostdeutsche Bild vom Nazi-Täter zeigte hingegen den »Großindustriellen«, den »Junker« oder den »Militaristen«, den skrupellosen Juristen, Ingenieur oder Arzt und schließlich den politisch orientierungslosen Kleinbürger als willfähiges Werkzeug der Verbrecher. Hier figurierte nicht nur eine kleine Gruppe als Täter, sondern gleich ganze soziale Schichten. Dennoch galt die »faschistische Gefahr« im eigenen Machtbereich als gebannt. Der Durchgriff der Besatzer und der neuen Machthaber, die Bestrafungen und Enteignungen, die Flucht oder Abwanderung von Hunderttausenden waren der übrigen Bevölkerung nicht

verborgen geblieben, ebenso wenig, dass »politisch indifferente Akademiker« oder die »Kleinbürger« durch die »Macht der Arbeiterklasse« tagein tagaus belehrt und kontrolliert wurden.

Was ist das »bessere Deutschland«?

Der geschichtspolitische Blick über die Grenzen hinweg hatte in beiden deutschen Nachkriegsstaaten jedoch die gleiche Funktion: Auf die Bevölkerung sollte er entlastend und integrierend wirken und auf die Gegenwart des Aufbaues orientieren. Das Böse war nun jeweils außen: Im Osten bezeichnete man 1957 den West-Staat als »die Neuaufgabe des Faschismus auf Atombasis«, Adenauer selbst nannte man den »Hitler unserer Tage«, der offen den »militärisch-faschistischen Staatsstreich« vorbereite. Im Westen hingegen etikettierte Bundespräsident Theodor Heuss 1952 die »Ost-Zone« als die Fortexistenz des »Dritten Reiches«, bei dem sich »nur die Embleme« gewandelt hätten.

In Ost und West wurden also die psychischen Energien, die aus den traumatischen Erinnerungen an das Inferno, in dem das »Dritte Reich« unterging oder aus deren Schuldgefühle angesichts des ungeheuren Ausmaßes der Verbrechen erwachsen, so kanalisiert, dass der andere deutsche Nachkriegsstaat effektiv denunziert und die eigene Gesellschaft als jene herausgestrichen werden konnte, die die richtigen Lehren aus dem Nationalsozialismus gezogen hatte.

### *Analytische und volkspädagogische Leistungen der beiden Diskurse zum Nationalsozialismus*

Die unterschiedlichen Leistungen und Defizite beider Diskurse prägen noch heute die wechselseitigen Vorhaltungen und Angriffe, wenn es um ein angemessenes Bild vom Nationalsozialismus geht.

Die westdeutsche Perspektive auf den Nationalsozialismus war sehr stark von der Dichotomie Demokratie-Diktatur geprägt. Die mit diesem analytischen Zugriff erzeugten Bilder ließen sich in den 50er Jahren gut mit der totalitarismustheoretischen Deutung des »Dritten Reichs« verbinden. Der Antitotalitarismus war deswegen integrierend, weil er nahtlos an die antibolschewistischen oder antikommunistischen Prägungen der ehemaligen Volksgenossen anknüpfen und zugleich auch für die »jungen« Anhänger der bundesdeutschen Demokratie akzeptabel sein konnte.

Die westliche Perspektive implizierte damit auch ein eher formales, entkonkretisiertes Bild von Demokratie und distanzierte sich von politisch-ökonomisch orientierten Erklärungsansätzen. Die personellen und ideologischen Kontinuitätslinien vor und *nach* dem »Dritten Reich« wurden nicht problematisiert. Andererseits beförderte dieser eher apolitische Blick jedoch die in den 60er Jahren beginnende Erforschung des rassistisch und biopolitisch motivierten Völkermordes an den europäischen Juden. Für breite Bevölkerungskreise wurde der Völkermord an den europäischen Juden jedoch erst durch die im Januar 1979 ausgestrahlte Film-Serie »Holocaust« bekannt. Seit dem ist dieser analytisch unterbestimmte, metaphernhafte und sich auf religiöse Opferhandlungen beziehende Begriff zum Synonym für den Mord an den europäischen Juden geworden.

Der politische und wirtschaftliche Zusammenhänge ausblendende und sich auf ein eher formales Verständnis von Demokratie stützende Diskurs zum »Dritten Reich« hatte jedoch einen wichtigen Vorzug: Beim Rekurs der politischen Bildung auf den Nationalsozialismus konnte auf der allgemeinen, formalen Ebene operiert und sehr stark der prinzipielle Wert von Demokratie und Menschenrechten herausgestrichen werden. So war die Beschäftigung mit dem Nationalsozialismus seit den 70er Jahren fast immer damit verbunden, die Entwicklung demokratischer Einstellungen, Zivilcourage und das Engagement für die Demokratie zu fördern. Diese Leistung des westdeutschen Diskurses zum Nationalsozialismus wird durch dessen analytische Einseitigkeit und seine anti-kommunistische Tendenz kaum beschädigt.

Der im Osten geltende antifaschistische Diskurs hat seine Stärke in seinem politik-, ideologie- und wirtschaftsgeschichtlichen Erklärungsansatz. Er erfasste relativ gut die Kontinuitätslinien und das Einmünden der Weimarer Republik in das »Dritte Reich«. Er führte auch schon früh zu einer relativ klaren Beschreibung der Täter- und Profiteursgruppen des Nationalsozialismus. Zudem machte er auch die antikommunistischen, antibolschewistischen und – vermittelt über das Nachkriegsbündnis – auch die antislawischen Komponenten des Nationalsozialismus deutlich. Doch auch im Osten war die analytische Grundtendenz bei der Deutung des Nationalsozialismus mit bestimmten Ausblendungen verbunden. Beim antifaschistischen Diskurs blieb die Besonderheit des deutschen Faschismus, nämlich der antisemitische, rassistische und biopolitische Kern der nationalsozialistischen Ideologie immer unterbelichtet. Eine der Ursachen liegt in der marxistischen Analyseperspektive. Die Vorgänge um die Beraubung und Vernichtung der europäischen Juden dementierten genau jene soziale Differenziertheit,

die der atheistische und postnationalistisch orientierte Marxismus als wesentlich herausgearbeitet hatte – nämlich die Unterschiede zwischen dem jüdischen Kapitalisten, dem jüdischen und deutsch-national eingestellten Arzt, dem jüdischen Krämer, dem jüdisch-kommunistischen Intellektuellen oder dem jüdischen Proletarier. Genau diese sowohl objektiv in den Sozialcharakteren wie auch die im Selbstverständnis der Juden bestehenden Unterschiede hatten die Nazis mit ihrer rassistischen Zuschreibung nivelliert.

Das Jahrhundertverbrechen des Judenmordes blieb im antifaschistischen Diskurs ein in seiner besonderen Bedeutung verkannter Vorgang, der in die übrige – und detaillierter als im Westen dargestellte – Verbrechensbilanz des Nationalsozialismus eingeordnet war. In einem Schulbuch von 1961 liest sich das so: »Zwölf Millionen Menschen brachten die Nazis in den Konzentrationslagern um«. Als »Kriegsziele« wies man die »Ausrottung der Juden, Slawen und aller politischer Gegner« aus. Der Mord an den europäischen Juden erscheint hier eingebunden in das Gesamtgeschehen eines imperialistischen Krieges – und wird damit in seiner Besonderheit nivelliert.

In der Erinnerungskultur der DDR wurden der Kampf und die Leiden der Kommunisten in unverhältnismäßiger Weise in den Vordergrund gestellt. Die Schilderungen des Nazi-Terrors innerhalb und außerhalb Deutschlands verstellte den Blick auf die millionenfache Einpassung der Deutschen zur Zeit der Nazi-Herrschaft und ihre Beteiligung an der Ausgrenzung, Beraubung und Vernichtung der Juden. Für die politische Bildung wäre hier der Verweis auf die Funktionsweise von exkludierenden Stereotypen oder entmenschlichender Metaphern – wie man sie anhand des Antisemitismus hätte demonstrieren können – wichtig gewesen. Kurt Pätzold, einer der prominentesten DDR-Faschismusforscher und Verfasser mehrere Arbeiten zur Verfolgung und Ermordung der Juden, resümiert hierzu: »Am folgenreichsten dürfte sich aber die Tatsache erweisen, daß es die Historiker der DDR nicht zu einer Studie brachten, die gezeigt hätte, wie Millionen von Menschen gegen die Juden eingenommen wurden, sich gegen sie aufhetzen ließen oder sich – was für die Volksmehrheit gilt – deren Schicksal gegenüber gleichgültig und teilnahmslos verhielten, aus Gedanken- und/oder Seelenträgheit oder weil sie es »mindestens« zu einem Teil für gerechtfertigt ansahen.«

Geschichte kann bei Kindern und Jugendlichen dann die Herausbildung bestimmter Einstellungen, Werte und Überzeugungen befördern, wenn die Diskurse zur Vergangenheit in irgendeiner Weise mit der Gegenwart zu verbinden sind. Elemente des antifaschistischen Diskurses waren die heroischen Geschichten über den Kampf gegen das Terror-

regime der Nazis durch Widerstandsgruppen im Untergrund, über das Martyrium in den KZ oder über die Entbehrungen von Flucht und Exil. Hierzu gehörten auch die immer wieder beschriebenen Partisanen in der Sowjetunion und die Darstellung des »gesetzmäßigen Sieg des Volkes« – in diesem Falle der sowjetischen Völker – gegen »jeden imperialistischen Aggressor«. Und schließlich gehörte die Darstellung der »gefährlichen und revanchistischen Bonner Republik der Alten Nazis« zu diesem Kanon. Das letztgenannte Element des antifaschistischen Diskurses verlor schon mit der *Neuen Ostpolitik* und dem Grundlagenvertrag von 1972 seine Wirkung. Andere Elemente konnten vorerst noch mit dem Gegenwartsbild, das die offizielle DDR entwarf, verknüpft werden. So wurde die Botschaft des antifaschistischen Diskurses, die Tradition des Widerstandskampfes und des Martyriums in »faschistischen Diktaturen« beispielsweise mit der DDR-Kampagne zur Freilassung des von 1967 bis 1970 von der griechischen Militärdiktatur inhaftierten Künstlers Mikis Theodorakis ebenso befeuert, wie mit der Kampagne gegen den »faschistischen Putsch« 1973 in Chile, in dessen Folge Flüchtlinge und Emigranten »in die antifaschistische DDR« kamen. Das zur Ikone gewordene Foto des 1972 im südvietnamesischen Trang Bang bei einem Napalmangriff verbrannten Mädchens knüpfte ebenso an die antifaschistischen Schilderungen über die Leiden des Volkes unter »imperialistischen Aggressionen« an, wie das an das Partisanen- und Volkskrieg-Stereotyp anknüpfende Foto des bewaffneten, Hand in Hand auf einen Fluss zugehenden vietnamesischen Paares von 1969. Und auch der im antifaschistischen Diskurs propagierte Widerstand einzelner »politisch bewusster« und mutiger Kriegsgegner fand sein visuelles Pendant in der Gegenwart, nämlich durch das Foto der in Handschellen gelegten und von 1970 bis 1972 in den USA inhaftierten Kriegsgegnerin Angela Davis. Doch nach der linksgerichteten portugiesischen Nelken-Revolution von 1974 und dem »siegreichen Ende« des Vietnam-Krieges im Jahr 1975 fanden sich im Weltgeschehen immer weniger Anknüpfungspunkte und »Belege« für antifaschistische Deutungsmuster. Der antifaschistische Diskurs erzählte den jungen Generationen der DDR eine Geschichte, die immer weniger mit der von ihnen erlebten jüngsten Vergangenheit und Gegenwart verbunden war – und erst recht nicht mit den Erfahrungen und Erzählungen ihrer Eltern und Großeltern in der heimatlichen Kleinstadt. Die Demokratie thematisierte der antifaschistische Diskurs nur, in dem er die Schwächen der bürgerlichen Demokratie bloßlegte – während gleichzeitig die Modernisierung und Entwicklung der westdeutschen Demokratie für die Ostdeutschen unübersehbar waren. Das machte den antifaschistischen

Diskurs für die letzten DDR-Generationen auch als volkspädagogischen Diskurs immer unglaubwürdiger, ineffizienter und bisweilen auch kontraproduktiv.

*Ursachen für die inhaltliche Ausrichtung und die Erstarrung des antifaschistischen Diskurses*

Die Kommunisten waren – zeitlich gesehen – die erste Opfergruppe im Nationalsozialismus. Die Erzählung des antifaschistischen Diskurses widerspiegelte die Erfahrungen der in der DDR herrschenden Gruppe in den Jahren nach 1933 – und in den Jahren zuvor. Aus ihren Erfahrungen mit der Weimarer Republik bezogen sie die Einsicht, dass in der bürgerlichen Demokratie die Menschenrechte und die politischen Freiheiten auf Grund unterschiedlichen Besitzes und Bildung sowie wegen der »Klassenjustiz« letztlich nur selektiv gewährt wurde. Zudem schien die Demokratie, die sie erlebt hatten, weder willens noch fähig gewesen zu sein, die nationalsozialistische Gefahr abzuwenden. Das Versagen der Weimarer Demokratie und deren legales Einmünden in eine reaktionäre Diktatur hatte für die Kommunisten oft genug tödliche Konsequenzen. Die Summe dieser Erfahrungen prägte das Verhältnis der Führungsgeneration der ostdeutschen Kommunisten zur Demokratie. Die heute im publizistischen Diskurs oft zitierte Formel – »Das Gegenteil von Faschismus ist nicht Antifaschismus, sondern die demokratische Kultur« (Kahane) – wäre den Kommunisten, die das Kriegsende überlebt und nun diktatorisch und gegen den Widerstand der einstigen Volksgenossen ein »neues Deutschland ohne Ausbeutung und Krieg« aufbauen wollten, nicht plausibel erschienen. Ein am Ende der 50er Jahre vorgenommener Rückblick auf die »real-existierende Demokratie« von Weimar und Bonn hätte dazu auch keine Veranlassung geboten.

Idealtypisch gesehen sind die Demokratie, eine konsequente demokratische Kultur und ein idealtypisch gedachter, konsequenter Antifaschismus das Gleiche. Real verlief die Entwicklung anders: Die westdeutsche Demokratie war zunächst nicht antifaschistisch und die antifaschistische DDR war eine Diktatur.

Dass der antifaschistische Diskurs so erstarrte und sich inhaltlich kaum weiterentwickelte, hing mit seiner legitimatorischen Überfrachtung zusammen. Die herrschende Gruppe in der DDR war nicht durch das *Votum* des Volkes, sondern durch dessen *Versagen* im »Dritten Reich« legitimiert. Dem gegenüber stand der Kampf der eigenen Gruppe gegen den Nationalsozialismus und der Blutzoll den sie dafür geleistet hatte.

Im weiteren Sinne sahen sie sich durch das Versagen der Demokratie und des Kapitalismus bestätigt und somit berechtigt, auf diktatorischem Wege den Sozialismus zu verordnen. Und schließlich sah man sich durch die Leistungen und die Opfer der sozialistischen Führungs- und Schutzmacht bei der Überwindung des »Dritten Reiches« legitimiert. Bis zum Ende der DDR standen an der Spitze der Machtpyramide Personen, die von Anfang an gegen die Nazis Widerstand geleistet hatten und die durch Einkerkерung, Flucht und Exil auch zu Opfer des Nationalsozialismus geworden waren. Sie wachten wie Priester über die Exegese der antifaschistischen Erzählung. Die antifaschistische Deutung der nationalsozialistischen Vorgeschichte der DDR war damit auch der identitätsstiftende Diskurs einer ganzen Generationseinheit – die der »misstrauischen Patriarchen« (Ahbe/Gries). Sie stützte also nicht nur die Macht, sondern auch Biographie und Identität der Personen, die sie ausübten. Zur Erstarrung des antifaschistischen Diskurses trug darüber hinaus auch der wegen der diktatorischen Verfasstheit der DDR blockierte Generationswechsel bei. So wurden weitere Möglichkeiten verbaut, mit neuen Erfahrungen, Wertungen und Erkenntnissen den antifaschistischen Diskurs der DDR zu modernisieren und zu differenzieren.

Insgesamt bietet der Diskurs des DDR-Antifaschismus also ein zwiespältiges Bild. Im Vergleich zum bundesdeutschen Diskurs zum »Dritten Reich« informierte er schon sehr früh und drastischer über die Verbrechen des Nationalsozialismus und das Grauen des Zweiten Weltkrieges – gerade was den Vernichtungskrieg in Osteuropa anbetrifft. Demgegenüber war in der BRD bis zum Ende der 50er Jahre – das zeigt eine Studie des Historikers Axel Schildt – das »Dritte Reich« Gegenstand einer »beispiellosen publizistischen Erinnerungsjunktur, in der Geschichte selektiv wahrgenommen und mittels der Sprache Sachverhalte wie mit einem Weichzeichner entschärft oder verfremdet wurden«.

In seiner volkspädagogischen Mission scheiterte der antifaschistische Diskurs jedoch. Für die seit den 70er Jahren Geborenen ließ sich die antifaschistische Erzählung mit der Welt ihrer Gegenwart nicht mehr verbinden. So fiel die antifaschistische Erzählung als Einflussfaktor bei der Herausbildung von politischen Einstellungen, von Werten und Überzeugungen nahezu völlig aus.

*Zur Wirkung des antifaschistischen Diskurses:  
Rechtsextreme Jugendliche und antifaschistisch eingestellte  
Elterngenerationen*

Die Wirkung des antifaschistischen Diskurses wird immer wieder zum Gegenstand von meist mehr engagierten als informierten Debatten. Wenn man sich jedoch die Mühe macht, die Ergebnisse der empirischen Sozialforschung zur Kenntnis zu nehmen, so bekommt man ein recht differenziertes Bild darüber, welche Einstellungen und Wertungen der antifaschistische Diskurs und die DDR-Verhältnisse bewirkt haben. Sehr viele und sehr unterschiedliche Untersuchungen zeigen, dass das Problembewusstsein in Bezug auf den Nationalsozialismus und der sich daraus für die Deutschen ergebenden historischen Schuld und Verantwortung bei Ostdeutschen alles in allem stärker ausgeprägt ist als bei den Westdeutschen. Dieser prinzipielle Befund differenziert sich jedoch erheblich, wenn man ihn generationsspezifisch erhebt. Die in den 70er Jahren und später geborenen Ostdeutschen haben ein geringeres Problembewusstsein gegenüber dem Nationalsozialismus und weniger Distanz zu antisemitischen Haltungen als ältere ostdeutsche Jahrgänge. In der Bundesrepublik ist es umgekehrt: Die in den 70er Jahren und später geborenen Westdeutschen haben ein höheres Problembewusstsein gegenüber dem Nationalsozialismus und größere Distanz zum Antisemitismus als die älteren westdeutschen Jahrgänge.

Die Wirkung des antifaschistischen Diskurses war bei den ersten DDR-Generationen also am stärksten. Aus internationalen Antisemitismusstudien ist bekannt, dass der Anteil antisemitisch denkender Menschen mit dem Alter der untersuchten Kohorten kontinuierlich wächst. Auch dieser Zusammenhang ist durch den DDR-Antifaschismus neutralisiert worden. Während bei den westdeutschen Befragten der Anteil an antisemitischen Positionen – wie in anderen Ländern auch – linear mit dem Alter zunimmt, ist diese Kurve bei den bis zur Mitte der 60er Jahre geborenen Ostdeutschen auffällig abgeflacht. – Ein bemerkenswerter Befund, den sich Werner Bergmann und Rainer Erb vom renommierten Berliner Zentrum für Antisemitismusforschung »mit dem Einfluß der prononcierten Abwehrhaltung der DDR gegenüber Faschismus und Rassismus erklären«. Ihrer Interpretation nach ließen die DDR-Verhältnisse »weniger Grauzonen zu und verlangte(n) ... ein klares Bekenntnis gegen den Faschismus ab«. Die Diskrepanz zwischen der geringen Verbreitung des Antisemitismus bei den ostdeutschen Jugendlichen von 1991 und 1994 und den gegenteiligen Ergebnissen einer re-

präsentativen Schülerstudie von 1997 erklärt man sich hier unter anderem »mit einem dramatischen Einstellungswandel bei Jugendlichen«.

Aber auch schon vor der Wende gab es in Ostdeutschland – wenn auch nicht in dem Ausmaß der frühen 90er Jahre – eine rechtsextreme Szene. Ungefähr ab Mitte der 80er Jahre fand man in fast allen größeren Städten der DDR Skinheadgruppen, die gewaltsam gegen rivalisierende jugendliche Subkulturen wie Punks, Grufties, zunehmend aber auch gegen Homosexuelle und dunkelhäutige Ausländer vorgingen.

### *Nach 1990 – Was wurde aus dem Antifaschismus?*

Mit dem Sturz der DDR-Diktatur und dem Machtverfall des Staates kam es zu einer explosionsartigen Zunahme rechtsgerichteter Gewalt gegen Ausländer oder fremdländisch Aussehende, gegen Linke, alternative Projekte, Ausländerwohnheime. Die Maueröffnung und die Amnestie vom 6. Dezember 1989 verstärkte rechtsextreme Aktionen. Am 29. Januar 1990 verließen am Ende der Leipziger Montagsdemonstration rund 300 Skinheads in geschlossener Formation und im Gleichschritt den Leipziger Opernplatz und sangen das Nazilied »Heute gehört uns Deutschland und morgen die ganzen Welt«. Unter Zeigen des Hitlergrußes erklangen Sprechchöre wie »Sieg Heil«, »Rotfront verrecke!« und »Modrow, Gysi an die Wand – Deutschland einig Vaterland!«.

Wegen des wechselseitigen Legitimationsverhältnisses zwischen den Führungspersonen der DDR-Diktatur und dem Antifaschismus schwächte der Zusammenbruch der DDR und die anschließende Aufdeckung ihrer Verbrechen automatisch auch antifaschistische Positionen. Das war Teil eines Klimawandels, der schon mit dem Historikerstreit in der Bundesrepublik begonnen hatte und mit dem Zusammenbruch des Ostblocks einen Höhepunkt fand. Begleitet von den öffentlichen Forderungen (rechts)konservativer Intellektueller, nun endlich mit den »Sühneritualen« der Bonner Republik Schluss zu machen, kam es von 1991 bis zum Herbst 1993 im vereinigten Deutschland zu 4500 Gewalttaten rechts-extremer Gruppen gegen Immigranten und Juden, die zu 26 Morden und 1800 Verletzten führten.

In der ehemaligen DDR wurde der Antifaschismus durch das System gleichermaßen gestützt wie gestutzt, verteidigt wie reglementiert. Nach dem Beitritt zur Bundesrepublik ist der antifaschistische Diskurs einer von vielen anderen Diskursen. Dort hat er sich nach den Regeln der demokratischen Öffentlichkeit gegen konkurrierende Diskurse zu behaupten. Der Erfolg eines Diskurses zeigt sich darin, inwieweit seine

Deutungen, Wertungen und Wirklichkeitsdefinitionen übernommen werden und Gültigkeit erlangen. Er hängt nicht nur von den Ideen des Diskurses ab, sondern oft ganz entscheidend davon, auf welche Ressourcen er zurückgreifen kann. In dieser Hinsicht hat sich die Situation für den antifaschistischen Diskurs als einstiger Staats-Diskurs und »Monopolist« verschlechtert.

Die einstigen Akteure des Antifaschismus-Diskurses sind verdrängt und abgewickelt worden. Ein Teil von ihnen entwickelte in den 90er Jahren, verbunden mit Vereinen, Kleinverlagen, Zeitschriften und Zeitungen, Initiativen und Stiftungen in Ostdeutschland eine »zweite Wissenschaftskultur«. Hier wird auch der antifaschistische Diskurs – nun ohne die Kuratel der Machthaber und mit Zugang zu den entscheidenden Archiven – historisiert.

Im etablierten und institutionalisierten Feld der Zeitgeschichte wird die Historisierung des Antifaschismus von Wissenschaftler-Gruppen und -Generationen vorgenommen, die in den allermeisten Fällen nicht an der damaligen Entwicklung des antifaschistischen Diskurses beteiligt waren. Die »Aufarbeitungskonkurrenz« zwischen der westdeutschen und der antifaschistischen Deutung des Nationalsozialismus ist mit dem Beitritt der DDR in ein Stadium gekommen, in dem der antifaschistische Diskurs der DDR vom Subjekt dieser Rivalität zum Objekt der Aufarbeitung durch den einstigen Rivalen geworden ist. Damit unterscheidet sich die zeitgeschichtliche Aufarbeitung des DDR-Antifaschismus deutlich von der heutigen Aufarbeitung des westdeutschen geschichtswissenschaftlichen Diskurses zum »Dritten Reich« aus den 50er und 60er Jahren. Letzterer wird zu großen Teilen durch ein Segment der *scientific community* historisiert, das durch Lehrer-Schüler-Verhältnissen basierenden Loyalitäten mit ihrem Gegenstand verbunden ist. Die skandalöse – und in der Logik einer deutsch-deutschen Aufarbeitungskonkurrenz auch blamable – westdeutsche Vergangenheitspolitik der 50er Jahre wurde erst seit den 90er Jahren, als sich eine neue westdeutsche Historiker-Generation etablierte, zum Gegenstand westdeutscher Selbstaufklärung.

### *Der DDR-Antifaschismus in der politischen Kontroverse*

Wie stark die frühere Konkurrenzsituation aus der Zeit der Zweistaatlichkeit noch nachwirkt, zeigt sich insbesondere außerhalb der Geschichtswissenschaft, nämlich in publizistischen und politischen Diskursen. Wie stark der Drang ist, den, wie man meint, »antifaschis-

tischen Betrug« der DDR bloßzustellen, zeigt sich auch in der berühmt gewordenen Bemerkung von Bundesjustizminister Klaus Kinkel aus seiner Begrüßungsansprache auf dem Deutschen Richtertag am 23. September 1991. Kinkel sagte: »Ich baue auf die deutsche Justiz. Es muss gelingen, das SED-System zu delegitimieren, das bis zum bitteren Ende *seine Rechtfertigung aus antifaschistischer Gesinnung*, angeblich höheren Werten und behaupteter absoluter Humanität hergeleitet hat, während es unter dem Deckmantel des Marxismus-Leninismus seinen Staat aufbaute, der in weiten Bereichen genauso unmenschlich und schrecklich war wie das faschistische Deutschland, das man bekämpfte und – zu Recht – nie mehr wieder erstehen lassen wollte.« Die Reihe der Begründungen, die Kinkel anführt, ist vielsagend. Um seinen Aufruf an die Richter zu begründen, künftig das DDR-System zu delegitimieren, wäre der Verweis darauf, dass die DDR unter dem »Deckmantel des Marxismus-Leninismus seinen Staat aufbaute, der in weiten Bereichen genauso unmenschlich und schrecklich war wie das faschistische Deutschland« völlig ausreichend gewesen. Dass Kinkel die missbräuchliche Nutzung des Antifaschismus noch als zusätzliche Begründung heranzieht, illustriert, welche große, auch identitätsstiftende Bedeutung antifaschistische beziehungsweise antinationalsozialistische Tugenden in der deutschen-deutschen Systemauseinandersetzung inzwischen gewonnen hatten. Es zeigt, wie sehr man sich von den aggressiven Kampagnen des »antifaschistischen Musterschülers« im Osten gegen die skandalöse Vergangenheitspolitik der Bundesrepublik doch getroffen fühlte.

Zugleich wird gegen den DDR-Antifaschismus polemisiert, weil er linke beziehungsweise kommunistische Sichtweisen und Werte transportiert. So ging die notwendige Reorganisation der erinnerungskulturellen Institutionen Ostdeutschlands und die Differenzierung ihrer bis dahin einseitigen kommunistischen Sichtweise oft mit aufgeheizten Debatten einher. Das zeigte sich besonders in der Kontroverse um die kommunistischen Funktionshäftlinge im KZ Buchenwald. Die *BILD-Zeitung* Thüringens versah einzelne Folgen ihrer Enthüllungsserie »Geheimakte Buchenwald« mit Überschriften wie »So halfen die Kommunisten den Nazis beim Morden« oder »Wer die KPD-Bonzen stört, landet im Todesstollen«. Und die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* stellte fest, dass sich die Kommunisten »als zuverlässiger Arm der SS erwiesen hätten«.

In der politischen Kultur Deutschlands sind antisemitische Äußerungen und Handlungen, oder solche, die in dieser Richtung gedeutet werden können, geächtet. Das ist in jenem Land, in dem die Nachfah-

ren der Täter und Profiteure der Beraubung und Ermordung der Juden leben, nur angemessen. Die tatsächlich Hierarchie der politischen Werte eines großen Teils der bundesdeutschen politischen Elite wird jedoch deutlich, wenn das Bewusstsein um die deutsche Schuld an der Vernichtung der europäischen Juden mit dem tradierten deutschen Antikommunismus in Konkurrenz treten muss. Bei der Auseinandersetzung mit Kommunisten scheint offensichtlich sogar der Rückgriff auf antisemitische Formulierungen tolerabel. Das illustriert unter anderem eine Bemerkung von Margarita Mathiopoulos, die ihre Eindrücke und Empfindungen während einer spannungsreichen, über eineinhalb Jahre währenden Interview-Beziehung mit Hermann Axen wiedergibt. Axen ist Jude, seit 1932 Kommunist, ehemaliger Auschwitz- und Buchenwald-Häftling und als Mitglied des Politbüros der engsten Machtelite der DDR zugehörig. In ihrem Interview-Buch zu Prominenten der DDR-Politik bezeichnet Margarita Mathiopoulos 1994 den SED-Funktionär als »Hofjuden« – und dann teilt sie ihrem Publikum mit, dass jener »wegen seiner Schweigsamkeit und Natterhaftigkeit als gerissen« gilt. Mit Blick auf eine problematische Interviewsituation notierte sie: »In diesem Augenblick hätte ich ihm am liebsten gesagt, dass er von seinem KZ-Ross herabsteigen und sich seine antifaschistische Vergangenheit an den Hut stecken soll.«

Wie das Anti-Antisemitismus-Gebot hinter den Antikommunismus zurücktreten muss, zeigte sich auch im deutschen Bundestag. Es war der 10. November 1994 als der aus Deutschland vertriebene Jude und als Sergeant der US-Armee nach Deutschland zurückgekehrte, später dann in der DDR als Schriftsteller wirkende und dort wegen seiner kritischen Texte politisch und juristisch verfolgte Stefan Heym als parteiloser Parlamentarier die übliche Eröffnungsrede des Alterspräsidenten des Deutschen Bundestages hielt. Die CDU/CSU-Fraktion, mit Ausnahme Rita Süßmuths, verweigerten seiner Person, seiner Biographie und seiner Funktion als Alterspräsident den Respekt: Niemand von ihnen erhob sich und applaudierte dem Alterspräsidenten, wie es guter parlamentarischer Brauch ist. Heyms Rede war unspektakulär und verließ an keiner Stelle den demokratischen Konsens des Bundestags. Allein: Der parteilose Alterspräsident hatte auf der Liste der PDS kandidiert.

Wie eng die Versuche die DDR zu delegitimieren mit den unrühmlichen Anfangsdekaden der BRD verbunden sind, illustrieren auch die Argumente aus einer Erklärung, mit der Volker Kauder, im Jahr 1993 Generalsekretär der CDU Baden-Württembergs, die NS-Belastung des einstigen Ministerpräsidenten Hans Filbinger zu relativieren suchte. Er

sagte: »Neuerdings haben prominente Stasi-Funktionäre dargelegt, dass die Kampagne gegen Dr. Filbinger zu den spektakulärsten Enthüllungs- und Fälschungskampagnen der Stasi gehörte.« (Bis heute sind Stasi-Dokumentenfälschungen in diesem Zusammenhang nicht nachgewiesen worden.)

Nach 1990 hat sich gezeigt, dass die Kontroversen um den antifaschistischen Diskurs oft – und vielleicht auch in erster Linie – Kontroversen um die linke Kapitalismus-Kritik sind. Es geht hierbei weniger um gute oder schlechte, effiziente oder weniger effiziente Aufarbeitung der nationalsozialistischen Verbrechen, die Bestrafung der Täter oder das Niveau der volkspädagogischen Aufklärung. Der Streit um den Antifaschismus ist ein politischer Streit. Hier geht es um Wertentscheidungen und Interessen. Der Streit um den Antifaschismus wird dadurch angetrieben, dass der deutschen Linken über ihre Altväter, deren frühe, entschiedene und opferreiche Gegnerschaft zum Nationalsozialismus durch den antifaschistischen Diskurs auch nach 1990 offenbar immer noch ein nicht unerhebliches Maß an Ansehen zufließt, das ihre konservativen, bürgerlichen politischen Gegner nicht vollständig eliminieren konnten.

DIETER SCHLÖNVOIGT

## Einblicke in die Modernisierungseuphorie politischer Bildung

Veranstaltungen, die den Sinngehalt praktizierter politischer Bildung öffentlich zur Diskussion stellen, gehören nicht gerade zu den Bildungsevents der Moderne. Deshalb mein Dank an die Veranstalter dieses Kolloquiums. Im Unterschied zu vergangenen Zeiten ist politische Bildung eben längst kein Politikum mehr. Heute ist kaum mehr vorstellbar, dass es irgendwann politischen Streit um das Schulfach der politischen Bildung gegeben hat, einen erbitterten sogar. Er entzündete sich an Richtlinien und Schulbüchern. Erinnert sei in diesem Zusammenhang an die Auseinandersetzung um die Hessischen Rahmenrichtlinien für Gesellschaftslehre, die 1972 erschienen. Sie wurden leidenschaftlich bekämpft und als links, marxistisch oder gar sozialistisch verteufelt. In tumultartigen Auseinandersetzungen und Kampfveranstaltungen entwickelte sich aus einer zunächst innerpädagogischen Debatte ein handfester politischer Richtungsstreit um die Zukunft politischer Bildung.

Streit gibt es auch heute noch. Zu allen Zeiten war politische Bildung irgendwie in der Krise. Doch jetzt wird die Auseinandersetzung weit weniger lautstark geführt. Manchmal wünschte man sich diesen Krach zurück. Von einer breiten Öffentlichkeit kaum bemerkt und unter der Losung »Modernisierung politischer Bildung«, vollzieht sich ein Theoriediskurs mit ungewissem Ausgang: Tatsächliche Stärkung oder Abschaffung politischer Bildung? Das ist hier die Frage. Einige Blitzlichter dieser Debatte möchte ich Ihnen in meinem Beitrag vorstellen.

Aber lassen Sie mich vorab noch etwas zum Untertitel des heutigen Kolloquiums sagen. Ob es tatsächlich einen antifaschistischen Grundkonsens in der politischen Bildung zwischen Ost und West nach dem Zweiten Weltkrieg in Deutschland gegeben hat, ist für mich eine offene Frage. Ähnlich scheint es den Veranstaltern dieses Kolloquiums zu gehen. Im Veranstaltungstitel verzichten sie einfach auf die Nennung eines Subjekts: *Wer* hat diesen Konsens denn ausgehandelt? Zwischen *wem* bestand dieser Konsens?

Nach 1945 bestimmten die Siegermächte die Bildungspolitik in Deutschland. Die re-education der USA z. B. sah die Ursache des Nationalsozialismus in der verfehlten Erziehung der Deutschen. Durch entsprechende Umerziehung sollten diese wieder in den Kreis der modernen Kulturnationen zurückgeführt werden, aus dem sie durch den Nationalsozialismus ausgetreten waren. Im Denken deutscher Bildungspolitiker oder Pädagogen (Weinstock, Spranger, Litt etc.) dieser Zeit dominiert dann auch eher die Rekonstruktion des Schulwesens der Weimarer Republik und einer, der Demokratie verpflichteten politischen Bildung (Staatsbürgerkunde). Aber ein Bekenntnis zum Antifaschismus?

Der Gründungserlass des Bundesministers für die Einrichtung der Bundeszentrale für Heimatdienst, der heutigen Bundeszentrale für Politische Bildung (25. November 1952), stellt dieser Behörde die Aufgabe, »den demokratischen und europäischen Gedanken im deutschen Volke zu festigen und zu verbreiten«. Auch hier keinen Hinweis auf die Befassung mit der NS-Vergangenheit und dem Faschismus. Übrigens, die ersten 40 Bände der *Schriftenreihe* der Bundeszentrale für Politische Bildung aus den Jahren 1953 bis 1959 enthalten ganze 13 Titel zum Nationalsozialismus, davon fünf zum deutschen, zum militärischen und bürgerlichen Widerstand, sowie fünf Titel zur Judenverfolgung. In der auflagenstärksten Publikationsreihe dieser Einrichtung »Informationen zur politischen Bildung« erscheint erst 1967 der Titel »Der Nationalsozialismus. Teil 1, 1919 bis 1933«.

Im östlichen Teil Deutschlands findet sich zwar ein Bezug zur aufgestellten Behauptung. Allerdings ist auch das kaum ein stützender Beleg für die Richtigkeit der aufgestellten These. Im Befehl Nr. 22 der SMAD vom 23. Januar 1946 wird die Volkshochschule erstmals in ihrer Geschichte zum Bestandteil des öffentlichen Bildungswesens erklärt. Ihr wurde u.a. die Aufgabe zugewiesen, »unter den Erwachsenen und der Jugend allgemeinbildende, wissenschaftliche und allgemeinpolitische Kenntnisse zu verbreiten ... und die Bevölkerung im Geiste der Demokratie, des Antifaschismus und Antimilitarismus zu erziehen«.

Einen Konsens zwischen den Theoretikern und Didaktikern politischer Bildung in der Bundesrepublik Deutschland gab es allerdings tatsächlich und zwar im Ausgang der oben beschriebenen Kontroversen in den 60er und 70er Jahren. Er hat die zerstrittenen Lager im Bereich der politischen Bildung wieder zusammengeführt und gesprächsfähig gemacht (Siegfried Schiele). Allerdings war auch das nicht wirklich ein Abkommen oder gar ein Vertrag. Hans-Georg Wehling hatte im Nachgang des Treffens Protokollpunkte der Beutelsbacher Tagung im Jahr 1976 zusammengefasst, denen niemand widersprochen hat: Das Über-

wältigungsverbot politischer Bildungspraxis; das Kontroversitätsgebot; der Anspruch die eigene Interessenlage analysieren zu können, bestimmen die Substanz dieses Konsens.

### *Willkommen im Alptraum!*

Die deutsche Gesellschaft leidet schmerzlich. Sie ist plötzlich und völlig unerwartet an einem Reformstau-Syndrom erkrankt. Pestartig greift es um sich. Unter der Losung »wider dem Modernisierungsrückstand« kommt es als »Reform« daher, einem Bazillus, dessen Wirkung sich einfacher therapeutischer Heilverfahren entzieht und in Wirklichkeit als tatsächliche »De-Form« nicht leicht zu diagnostizieren ist. So ist eine Ära der großen Umdeutungen und Umverteilungen angebrochen: Umdeutung des Gerechtigkeitsbegriffs, groß angelegte Um- bzw. Rückverteilung des gesellschaftlichen Reichtums und damit der individuellen Lebenschancen für viele Menschen. »Mehr Ungleichheit für alle« ist die Losung (Joachim Heydorn). Die »Heilmittel« heißen: Privatisierung, Verbetriebswirtschaftlichung, Markt- und Verwertungsorientierung, das Messbare wird das Maß aller Dinge.

Und die Theoretiker politischer Bildung sind mitten drin. Auch hier dominieren die Modernisierungseuphorie und das Modernisierungspostulat leider unangefochten. Es ist gewissermaßen für den Mehrheitsdiskurs der Theoretiker politischer Bildung normal geworden, dem politischen Mainstream zu folgen. Ansätze von Kritik sind kaum zu vernehmen. Ergo, in ihrer grundsätzlichen Zielbeschreibung hat politische Bildung längst ihren Frieden mit der aktuell dominanten Politik geschlossen (Klaus Ahlheim). Die damit gegebenen Freiräume für politischen Aktivismus und Übereifer werden eifrig geschlossen: Novellierung von Erwachsenenweiterbildungsgesetzen zu Ungunsten der freien Trägerlandschaft, erste Schließung einer Landeszentrale für politische Bildung (NSn), Kürzung von Mitteln für Jugendarbeit und politische Bildung in nahezu allen Ländern, verordnete Evaluationen und Qualitätssicherungsstandards auch für die politische Jugend und Erwachsenenbildung, Novellierung von Förderrichtlinien etc..

Einige Fakten: Das Bundesministerium des Inneren hat 2005 den Förderetat der Bundeszentrale für Politische Bildung von 27,5 Mio. auf 25 Mio. Euro heruntergefahren. Während die freien Träger davon 2003 noch 10 Mio. Euro bekamen, standen im Jahre 2005 noch 7,8 Mio. zur Verfügung. Im Jahre 2006 konnte nur mit politischer Mühe verhindert werden, dass dieser Etat erneut um fünf Millionen Euro gekürzt wird.

Das wären dann 30 Prozent des Gesamthaushalts der Bundeszentrale gewesen. Für viele Projekte und Träger hätte das das Aus bedeutet. So blieben die Mittel immerhin auf dem Niveau 2005 erhalten.

Der Kinder- und Jugendplan des Bundesjugendministeriums sieht im zweiten Jahr hintereinander erhebliche Kürzungen für die politische Jugendbildung vor. Nachdem die Personalkostenförderung abgeschafft wurde, gab es 2004 fünf Prozent weniger Mittel als im Vorjahr. 2005 waren es noch einmal vier bis sechs Prozent weniger. Die Tendenz zeigt weiter nach unten.

In Hamburg werden die Weiterbildungstitel seit 2006 um ein Drittel gekürzt. Ein Initiativkreis Politische Bildung ruft dagegen zum Protest auf. Der Erfolg ist gering. Mecklenburg-Vorpommern hat seit 1999 drei Viertel seiner ursprünglichen Förderung eingestampft. Nordrhein-Westfalen hat 2005 zum zweiten Mal die Zuschüsse um 15 % gestrichen. Ohne den Widerstand der Gewerkschaften wurde hier das Bildungsurlaubsgesetz an das betriebswirtschaftliche Diktat der Unternehmen angepasst. Jetzt kann betriebliche Weiterbildung auf den individuellen Anspruch auf Bildungsurlaub angerechnet werden. Das kommt einer Verdrängung politischer Bildung durch die berufliche Weiterbildung gleich. In Brandenburg wurden die Mittel der Landeszentrale für politische Bildung von 760.000 auf 430.000 Euro gekürzt.

Der DHI (Deutscher Industrie- und Handelstag) erklärt die politischen Inhalte des Faches Sozialkunde an Berufsschulen gleich gänzlich zur Privatangelegenheit. Vor allem die Abiturienten bedürfen der »redundanten« Inhalte des Faches nicht mehr. Politische Bildung darf allerdings als Wahlfach überleben.

Eine spürbare Gegenwehr oder öffentliche Kritik ist kaum zu vernehmen. Wie auch? Die diesen Aktivitäten zugrundeliegenden Überlegungen, werden offensiv vorgetragen, umgeben sich mit dem Schein des empirisch Objektiven und damit nicht Widerlegbaren (siehe Karsten Rudolph / Melanie Zeller). Als vor einigen Jahren die Forderung nach Schließung der »partieverfilzten (Landes)-Zentralen« schon einmal zur Debatte stand, war das immerhin Anlass genug, ein »Münchener Manifest« als öffentliches Bekenntnis dagegenzusetzen. Heute mag man in dem verhaltenen Schweigen selbst der Bundeszentrale für politische Bildung, eher eine Mut machende Aufforderung zum »Weiter so!« erkennen.

»Politische Bildung ist zur Modernisierung verdammt«, ließ sich kürzlich von Thomas Krüger in einem Interview vernehmen, und das offensichtlich um jeden Preis. Wer nun meint, dass dieser Prozess uns noch bevorstünde, der irrt. Die Debatte um die Modernisierung politi-

scher Bildung ist voll im Gange und nimmt scheinbar unaufhaltsam materielle Gestalt an. Ein wirklicher »Modernisierungsrückstand« ist also gar nicht mehr auszumachen.

Und die »Linke«? Mit Ernst Bloch gesprochen, sollte man meinen, all das reiche aus, um rot zu werden, rot im mehrfachen Sinn des Wortes, als Erröten, als Rot-Anlaufen vor Zorn oder Rot-Werden als Begriff, als Wille, der dem Treiben Einhalt gebietet. Aber auch hier Fehl-anzeige. Bisher war selbst von dieser Seite kein »Ya basta!« oder »Es reicht!« zu hören. Schon eher dominiert ein uninteressiertes »Was ich nicht weiß, macht mich nicht heiß«. Zusätzlich bewirkt die schier unausrottbare Programm- und Themenzentriertheit in dieser Bewegung eine Immunitätstendenz gegen jede Art von Reflexibilität wirklicher Probleme, Alltagsorgen und Betroffenheit der Menschen. So wird, um mit J. Holloway zu sprechen, im akademischen Diskurs schließlich die Kritik (der Schrei) »zur Realität verwässert«.

Aber Ignoranz ist unangebracht. Denn schließlich materialisieren sich die Urteile der Modernisierungsstrategen bereits in konkreten Konzepten, Evaluationsansprüchen, Förderrichtlinien und Leitlinien, wie wir gesehen haben. Sie definieren schon jetzt viel »Zukunft« und das, was die »moderne« und »wirkliche« politische Bildung zu leisten habe. Gehen ihre Konzepte auf, dann hat die nahe Zukunft ganz einfach keinen Begriff mehr von »Politischer Bildung«. Und das, was dereinst darunter gefasst wurde, findet sich als »Demokratiepädagogik«, als »Demokratie-Lernen« wieder (siehe BLK-Programm). Oder aber politische Bildung wird in der unkritischen Euphorie europäischer Anpassung, nach amerikanischen und britischen Mustern zugerichtet und heißt dann »Civic Education« bzw. »Education for Citizenship« oder, und das wird die Ostdeutschen aufhorchen lassen, ganz einfach wieder »Staatsbürgerkunde«.

Ein unkritisches Einschwenken in den Mehrheitsdiskurs ist problematisch und herausfordernd, vor allem für die, die mit politischer Bildung mehr verbinden, als affirmatives Nachdenken über Gott und die Welt oder die Erschaffung des »kritisch-loyalen Bürgers«. (Himmelman) Es bleibt schwierig, weil viele Scheingefechte die tatsächlichen und grundsätzlichen politischen Kontroversen verdecken. Und doch ist öffentliches Einmischen und Flaggezeigen gerade deshalb wichtig, weil unverzichtbar, um, bei allem Pessimismus, am Ende nicht den falschen Leuten das Feld zu überlassen.

Worum geht es wirklich, was sind die wirklichen politischen Kontroversen? Das soll im Folgenden dargestellt werden.

*Abschied von der Idee der Aufklärung und Emanzipation?*

Zum absolut dominanten Leitmotiv bildungspolitischen Denkens ist die wirtschaftliche Verwertbarkeit geworden. Denn es geht ja schließlich um Standortsicherung und Globalisierung. Der aufklärenden politischen Bildung wird ein Dienstleistungskonzept entgegengesetzt, das sich an der Marktlogik orientiert. Aufklärung hat in diesem Selbstverständnis keinen Platz mehr. Also weg mit Kant und seiner Idee, vom Ausweg aus selbstverschuldeter Unmündigkeit, und all derer, die sich an diese Idee anlehnen, die sich an Emanzipation und Befreiung orientieren, für die utopisches Denken und Gesellschaftskritik wichtig sind. Diese Intention wird von den Modernisierern politischer Bildung bereits jetzt als ein Relikt aus fernen Zeiten abgestempelt, das es zu überwinden gilt (Karsten Rudolph). Uneinsichtige politische Bildner werden zu reformunwilligen, einsichtsmüden »linken Traditionalisten« abgestempelt, die in den bisherigen Schonräumen politischer Bildung überleben konnten. In die Kritik gerät er als didaktischer Dinosaurier bzw. Steinzeitpädagoge, der erhebliche »Professionalisierungsdefizite« (Wolfgang Sander) aufweist und den noch immer »missionarischer Eifer« (Karsten Rudolph) plagt, der zum Moralisieren politischer Fragen, zu einem moralisch aufgeladenen Verständnis des Anliegens politischer Bildung neigt und in Gänze der Modernisierung bzw. Professionalisierung politischer Bildung als »ein verbreitetes zentrales Hemmnis für die weitere Professionalisierung der politischen Bildung« (Wolfgang Sander) im Wege steht.

»Der Habitus kritischer Aufklärung« (Wolfgang Sander) wird schon deshalb kritisch abgewiesen, weil er ja schließlich verantwortlich ist für das »schreckliche Image« (Anja Besand) der politischen Bildung. Sie präsentiert sich in der Schule »als langweiliges und unflexibles Lehrfach mit gestrigen, unzeitgemäßen Materialien. Sie scheint leider nach wie vor vor allem missionierend, belehrend, kulturpessimistisch und medienkritisch zu wirken und stellt sich damit offensichtlich vielfach als ein Fach dar, das nicht schadet aber auch nicht viel nützt und das man dementsprechend über sich ergehen lassen kann« (Anja Besand).

Die Botschaft der Zukunft liest sich so: »Abwendung von einer realitätsfernen Nabelschau, verlassen alter Wege, weil politische Bildung sonst im selbstverschuldeten Morast zu versinken droht und die Bürger im (modernen) Demokratie-Dschungel allein lässt.« (Karsten Rudolf / Melanie Zeller). Modern sein und werden kann sie nur, wenn sie sich löst, von einem an Eindeutigkeiten des Gestern orientierten Konservatismus, der deklamatorisch daherkommt und die Welt mühsam in Schwarz – Weiß oder Links – Rechts - Betrachtungen presst,

und der immer wieder Ansprüche aus einer Defizitanalyse der bedrängenden und hinter ihren Ansprüchen stets zurückbleibenden gesellschaftlichen Wirklichkeit heraus begründet. Denn so vermag man ja schließlich nicht mehr wirklich erkennen, was sich tatsächlich wandelt (Rolf Arnold).

### *Zivilgesellschaft statt Gerechtigkeit?*

»In der Demokratie gewinnt politische Bildung ihren Sinn aus der Freiheit, nicht aus der Gleichheit oder Solidarität«, so Wolfgang Sander. Deutlicher kann man den Bruch mit einer normativen und utopischen Tradition nicht aussprechen. In dieser Didaktik der Verabschiedung vom Gedanken der Solidarität und Gerechtigkeit haben soziale Entwicklungen, gesellschaftliche Orientierungen und Wertvorstellungen keinen Sinn. Gesellschaftskritik, Kapitalismuskritik oder Emanzipation sollen aus der Sprache gestrichen werden. Die Begriffe soziale Gerechtigkeit oder demokratischer Sozialismus stehen zur Disposition.

Schuld daran sind die moderne Zivilgesellschaft und die in ihr vermutete Fähigkeit zur Selbstorganisation.

Wenn diese tatsächlich existiert, muss soziale Gerechtigkeit aktivierend gedacht werden: zu den Rechten gehören Pflichten, zur Erwartung von Solidarität die Erbringung von Solidarität – also Verantwortung, Engagement und Gemeinsinn (Jürgen Kocka). Die moderne Gerechtigkeitspolitik sollte deshalb Umverteilung mit dem Ziel größerer Gleichheit kleinschreiben. Denn zum einen lässt sich das Ziel, bei Aufrechterhaltung der Freiheit, nur schwer erreichen. Zum anderen kann die Verfolgung des Gleichheitsziels die Erreichung der anderen, vorrangigen Gerechtigkeitsziele erheblich erschweren oder gar unmöglich machen. Schließlich scheint es wichtiger, dass es allen besser geht, als dass die Unterschiede zwischen ihnen verringert werden. Ungleichheit auf hohem Niveau ist menschenfreundlicher als Gleichheit auf tiefen, sinkendem Niveau. Der moderne Sozialstaat soll nicht vorrangig auf größere Gleichheit der Lebensbedingungen zielen als vielmehr auf die Einbeziehung, die Teilhabe aller (Jürgen Kocka). Denn Umverteilung ist leistungsfremd. Dass Menschen auf eigenen Beinen stehen können und Leistungen erbringen können, ist ein zutiefst sozialer Ansatz (Harald Schartau). »Soziale Gerechtigkeit muss künftig heißen, eine Politik für jene zu machen, die etwas für die Zukunft unseres Landes tun: die lernen und sich qualifizieren, die arbeiten, die Kinder bekommen und erziehen, die etwas unternehmen und Arbeitsplätze schaffen, kurzum, die Leistung für sich und unsere Gesellschaft erbringen. Um die – nur

um sie – muss sich Politik kümmern« (Peer Steinbrück). Damit steht auch die zukünftige, eigentliche Zielgruppe politischer Bildung bereits fest.

Der Grundkonsens der Modernisierer lautet demnach: Abschied von einer gerechten oder gerechteren Verteilung von Besitz, Vermögen und Wohlstand. Stattdessen geht es um Partizipationschancen und Beteiligungsmöglichkeiten in einer Zivil- bzw. Bürgergesellschaft. Der Zusammenhang von ökonomischer, gesellschaftlicher und politischer Teilhabe wird damit ausgeblendet und ignoriert.

Aber eine Gerechtigkeitspolitik, die den Bürgern und Bürgerinnen mehr Partizipation suggeriert und die bestehenden Herrschafts- und Machtverhältnisse, die ökonomischen Grundstrukturen unangetastet lassen will, verfällt dem Verdacht des Ideologischen (Klaus Ahlheim). Damit erscheint auch die Bürgerbeteiligungseuphorie plötzlich in einem ganz skurrilen Licht. Die Aufforderung zur Gestaltung der Gesellschaft, durch Bürgerbeteiligung und Partizipation bzw. Teilhabe, ist im politischen Kalkül der Modernisierer politischer Bildung untrennbar gekoppelt mit einer Absage an Gesellschaftsveränderung. Das heißt deshalb:

*Absage an Gesellschaftsveränderung, »denn die Welt ist gut so, wie sie ist«?*

Die Position einer auf Emanzipation, auf Befreiung zielenden politischen Bildung repräsentieren nicht den Mainstream der Debatte. Die kommt eher affirmativ daher. »Der Vernunft- und Bildungsoptimismus der Aufklärung«, so Horst Siebert, »hat kaum noch eine bildungspraktische Relevanz.« »Die Zeit der vollmundigen gesellschaftsverändernden Versprechungen durch eine progressive Bildungsarbeit ist vorbei.« (Rolf Arnold/Horst Siebert). Erwachsenenbildung und politische Bildung ist nach Jochen Kade nicht mehr als Ort zu denken, »von dem aus eine (gesellschafts-) kritische, an den Ideen der Aufklärung orientierte Menschheitsverbesserungsposition mit Aussicht auf Erfolg artikuliert und praktisch auf den Weg gebracht werden könne.« Der gesellschaftliche Status quo wird zum Fixpunkt. Die Folge: politische Bildung blendet aus, verschweigt, macht sich zur Gehilfin des politisch Gegebenen und bietet sich für Instrumentalisierungsversuche durch die aktuelle Politik an. Auch hier gilt das Prinzip: Nicht wissen wollen was ist! Politische Bildung soll nicht zeigen, wie schlecht die Welt ist, in der man ein schlechtes Gewissen bekommen könnte und entsprechend aktiv wird. Es reicht aus, wenn sie den Menschen die Gewissheit vermittelt,

in der schönen Welt der Oberfläche glücklich sein zu können. Der Absage an Aufklärung, folgt also der Verzicht auf jeglichen gesellschaftsverändernden Impuls durch politische Bildung. Hier liegt die eigentliche Provokation des Mehrheitsdiskurses für eine politische Bildung, die das Ziel der gesellschaftlichen wie individuellen Emanzipation nicht preisgeben will.

»Ebenso wie »Aufklärung« ... ist »Emanzipation« eine kritische Kategorie, welche nur begründbar ist, in dem sie sich mit bestehenden Verhältnissen und Verhaltensweisen nicht zufrieden gibt. Sie enthält dann ein utopisches Potenzial im Sinne von Karl Marx in der »Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie«: »alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein geknechtetes, ein entrechtetes, ein verlassenes und verächtliches Wesen ist. Ein solcher kritischer Begriff von Emanzipation, der die Realität konfrontiert mit unausgeschöpften Möglichkeiten, ist dann für Bildungsarbeit unverzichtbar« (Peter Faulstich).

»Politische Bildung ist Befreiung des Menschen« (Oskar Negt). Dem kann man nur zustimmen, aber eben nur das. Der dominierende affirmative Diskurs geht in eine andere Richtung. Hier dominiert die Vorstellung vom Kapitalismus als dem Ende der Geschichte ohne Alternative. Folglich steht nur noch das »kleinere Übel« zur Wahl. Diskurse, die helfen, Dissens und Konsens zu klären, werden auch in der politischen Bildung nicht mehr benötigt. Alternative Zukunftsentwürfe sind dann nur noch lästige Störung (Horst Mathes). Doch wer utopisches Denken abweist und als gestriges diffamiert, wer gesellschaftskritische, emanzipatorische Positionen im Diskurs um politische Bildung marginalisiert, entzieht ihr die wesentliche Grundlage, nimmt politischer Bildung den Stachel der Kritik (K. Ahlheim). Sie verkommt zu einer gehobenen Form des Kompetenz- und Persönlichkeitstrainings, einer methodenfixierten Sozialtechnik, der kritische Kompetenz abhanden gekommen ist. Sie ist dann eben nur noch »professionell« und nicht mehr wirklich politisch.

Ein Zurück politischer Bildung zu den existentiellen Problemen der Menschen findet so nicht mehr statt. Sie bleibt den Lernenden wirkliches Wissen schuldig, lebendiges erschließendes exemplarisches Wissen, das Konflikte nicht ausspart, sondern thematisiert, das Mitbestimmungs-, Distanzierungs- und Emanzipationsmöglichkeiten gleichermaßen öffnet, informierendes Wissen, welches wirkliche Lebensvorratsarbeit (Oskar Negt) leistet und Kritikfähigkeit als zentrale Kategorie politischer Bildung verteidigt? Das wären die eigentlich anstehenden Elemente einer Modernisierungsdebatte um politische Bildung.

### *Die Erfindung neuer Lernorte des Politischen?*

Die Technische Universität Dresden hat vor einiger Zeit ihren Abschlußbericht »Evaluation der Politischen Bildung«, eine Auftragsarbeit des Bundesministeriums für Bildung und Forschung, vorgelegt. Die »critical points« enthalten neben der Forderung »der Überprüfung der Themen und Ziele politischer Bildung zur besseren Anpassung an die Nachfrage« (Thomas Krüger) die Aufforderung, »die ›Lern-Orte‹ müssen überdacht werden«. Verstanden wird darunter das Eingehen neuer Partnerschaften politischer Bildung »zur Erprobung neuer Aufgaben- und Rollenverständnisse« (Thomas Krüger). Diese neuen Partnerschaften sind folgende:

- Schulische und außerschulische politische Jugendbildung mit dem Ziel der Demokratieerziehung.
- Berufliche und politische Bildung mit dem Ziel der Schaffung einer »neuen Allianz zwischen Beschäftigungsfähigkeit und Bürgerstatus«, die möglicherweise zu »einer neuen Definition der Bürgerrolle« führt.
- Die Partnerschaft zwischen Bürgerschaft, Politik und Verwaltung, deren konstituierendes Merkmal die Partizipation ist.

Es ist hier nicht der Platz, auf alle damit möglicherweise verbundenen Konsequenzen für politische Bildung, die Trägerlandschaft und deren Selbstverständnis einzugehen. Doch eines scheint schon jetzt klar zu sein: Wer Partnerschaften favorisiert, bindet zusammen, was bisher nicht zusammengehörte. Die Frage ist, wer dabei auf der Strecke bleibt? Viele freie Träger werden an dieser »Partnerschaft« nicht mehr beteiligt sein. Überleben werden die Großverbände politischer Bildung, die über die entsprechende politische Lobby verfügen. Die bisherige Vielfalt der Anbieter politischer Bildung wird im Rahmen dieser Partnerschaftsbindungen eingeebnet. Sie wird den Lernorten der Moderne geopfert. Schauen wir uns einige dieser »Partnerschaften« etwas genauer an.

### *Demokratieerziehung versus politische Bildung*

Dieser Versuch der Modernisierung politischer Bildung vor allem in den Schulen ist nicht unumstritten. Diese Tatsache lässt die BLK allerdings nicht gelten und finanzierte stattdessen eine umfangreiche Studie zum

Thema (Uni Jena) und ein bundesweites Versuchsprogramm, mit dessen Hilfe der Gewalt und dem Rechtsextremismus an Schulen begegnet werden sollte. Ein durchaus notwendiges und nützliches Anliegen. Doch funktioniert das tatsächlich? Die Autoren dieser Studie und auch andere sehen in diesem Konzept bereits den modernen Ersatz für politische Bildung.

Das soll es mir wert sein, einige Gegenargumente zu entwickeln:

- Politische Bildung ist als Gegenmodell zur Indoktrination gedacht. Es schließt die praktische Anerkennung der Grundrechte der Lernenden, das Recht auf Meinungsfreiheit ein, welches es verbietet, politische Bildung als Veranstaltung zur Durchsetzung vorgegebener politischer oder ideologischer Positionen zu mißbrauchen (Beutelsbacher Konsens). Im Konzept der »Demokratieerziehung« gerät nun die Schule in den Verdacht, zur Legitimation des Herrschaftssystems herangezogen zu werden.
- Richtig scheint mir an diesem Konzept die Überlegung zu sein, dass jede politische Position auf Lernerfahrungen beruht. Obwohl diese durchaus Einfluss auf die Entwicklung von politischen Einstellungen haben können, bleiben sie aber einige unter vielen. Politische Lernerfolge sind langwierig und nicht in einer Schulstunde erreichbar. Das heißt, politische Bildung, auch wenn sie jetzt »Demokratieerziehung« heißt, taugt nicht zur Krisenbewältigung.
- Das Konzept beruht auf der Illusion, man könne am Kleinen das Große lernen. Das übersieht, dass die Handlungslogiken der Politik andere sind, als sie im sozialen Nahraum erfahrbar sind. Die Differenz zwischen verschiedenen Handlungsfeldern wird übersehen. Die Idee bleibt somit weit hinter der Komplexität politischen Handelns zurück. Denn der Arbeits- und Entscheidungsprozess von Politik lässt sich nicht durch die Verallgemeinerung von Alltagserfahrungen verstehen. Es wäre in der Tat realitätsfremd anzunehmen, dass Konflikte der parlamentarischen Praxis auf die gleiche Weise beigelegt werden könnten, wie ein Streit auf dem Schulhof. Geradezu unterschätzt wird so die Bedeutung von Macht, von organisierten Interessen, Öffentlichkeit, öffentlichem Wettbewerb politischer Positionen, von politischer Repräsentation und parlamentarischer Verfahrenslogik. Wenn die Differenz dann tatsächlich auftritt und erkannt wird, erzeugt das möglicherweise eher politischen Frust oder Verdrossenheit. Die Schule taugt deshalb nur sehr eingeschränkt als demokratischer Erfahrungsraum.

- Demokratie ist kein Prinzip, das für das Gute im Zusammenleben von Menschen steht. Es bedeutet immer noch Volksherrschaft. Demokratie ist eine Form politischer Ordnung und so *eine* Gestalt des Politischen, aber keine Alternative zur Politik. Demokratie ist eine Möglichkeit, aber Politik ist unausweichlich notwendig, um die gemeinsamen Angelegenheiten einer Gesellschaft regeln zu können. Demokratie ist also eine Form des Politischen, ein Teilbereich der Politik. Übrigens begrenzt sich das Politische auch nicht auf den Staat. Demokratie lernen außerhalb des Politischen ist deshalb unmöglich und der Begriff »staatsbürgerliche Erziehung« ebenso problematisch.
- Demokratien sind nur auf der Grundlage von freiheitlichen Verfassungen möglich. Das schließt zwar das Demokratieprinzip ein, aber eine freiheitliche Verfassung begrenzt das Demokratieprinzip durch andere Prinzipien, wie Gewaltenteilung, Rechtsstaatlichkeit, Unabhängigkeit der Justiz etc. Diese sind dem Willen des Volkes entzogen.
- Schließlich gründet der Zusammenhang zwischen Demokratie und politischer Bildung auf der Volkssouveränität. Weil die Staatsgewalt vom Volke ausgeht, muss der Staat seinerseits Gelegenheiten ermöglichen und fördern, in denen Bürgerinnen und Bürger lernen können, politische Fragen zu beurteilen bzw. sich politisch zu engagieren. Demokratieerziehung ist auch deshalb kein Konzept, das die politische Bildung ersetzen könnte.

### *Betriebliches Lernen als Trägermedium politischen Lernens*

Das klingt zwar plausibel, ist aber eine Illusion. Denn es fordert die allseitige physische und psychische Verfügbarkeit der noch immer abhängig Beschäftigten, es fordert die Identifikation aller mit Unternehmenszielen, die wenige formulieren, es fordert die Anpassung mit dem Schein des Unangepassten, fordert Kritik, begrenzt durch den Begriff des Nützlichen, will Teamarbeit und Konkurrenz zugleich. Es fordert vor allem lebenslänglich Mobilität, Flexibilität, lebenslanges Lernen (Klaus Ahlheim).

Das einstmalige Private wird jetzt zum Markte getragen. Alles am Menschen wird produktionskonform. Das ökonomisch Nützliche bleibt stets dominant. Durch die Beschränkung politischer Bildung auf die Vermittlung von Sozialtechniken, wird das Individuum ganz und gar funktionalisiert. Die Folgen, vor allem die psychischen, sind wenig per-

sönlichkeitsfördernd: Die Ungewissheiten der Flexibilität, das Fehlen von Vertrauen, die Oberflächlichkeit von Teamwork, die allgegenwärtige Drohung ins Nichts zu fallen – das sind nach Sennett die emotionalen Bedingungen modernen Arbeitens. Geht der klassische Bildungsbegriff (Humboldt) noch vom umfassend gebildeten Menschen aus, so ist nach dieser Logik ein ganz anderes Selbstverständnis von Bildung im Entstehen: Der leistungsbewusste Mitläufer eines auf betriebswirtschaftliche Verwertbarkeit orientierten Denkens, der dann auch noch in diesem Sinne seiner Bürgerrolle gerecht wird. Eine solche Bildungspraxis trägt eher zu einer Verfestigung als zum Abbau sozialer Ungleichheit bei. Denn schon heute lässt sich statistisch belegen, dass diese Bildung in der Regel den bereits Qualifizierten, Gebildeten und Privilegierten zugute kommt.

Politische Bildung, die die wirtschaftliche Verwertungslogik, den Markt über alles stellt, bringt keine Bürger hervor, sondern Konsumenten, keine Gemeinschaften, sondern Einkaufszentren. Auch der Begriff »Kundenorientierung« ist für mich problematisch. Im Kern ist er kein demokratiefördernder Begriff. Ein Kunde wird bedient – er wird nicht angeregt zur Beteiligung und zum Engagement. Die wesentliche Aktivität eines Kunden besteht darin, sein Bedürfnis wahrzunehmen und auf dem Markt zu äußern. Benachteiligte Gruppen werden aber auf diesem Markt nicht wahrgenommen. Wenn Menschen nicht mehr aktiviert sondern bedient werden, erhalten sie keinen Impuls mehr, eigenverantwortlich tätig zu werden und ihre Lebenswelt selbst zu gestalten. Ein aktiver Staat muss aber immer auch aktivierend sein und kann sich nicht darauf zurückziehen, optimale Dienstleistungen zu erbringen und darauf zu warten, dass BürgerInnen sich geordnet äußern und die für die KundInnen vorgesehenen Sprechzeiten nutzen.

Andernfalls produzieren wir eine atomisierte Gesellschaft gleichgültiger Individuen, die sich demoralisiert und ohnmächtig fühlen. Hier sind Gegenstrategien unverzichtbar und eine Bildungsarbeit, die Macht und Ohnmacht, Reichtum und Armut, Gerechtigkeit und Verteilungsgerechtigkeit, die Herrschaft, ökonomische Macht und Besitz problematisiert, gesellschaftskritische und utopiefähige politischen Bildung ermöglicht, eine neue Art Kapitalismuskritik eben (Klaus Ahlheim).

### *Lernpotenziale von Partizipation?*

Wie groß ist das emanzipatorische Potenzial tatsächlich, dass aus Lernprozessen von Bürgerbeteiligung erwächst? Stehen die darin liegenden

Zugewinne an politischer Mündigkeit aufgrund der notgedrungenen zweckrationalen Strategie-Orientierung der jeweiligen Betätigungen nicht immer in einer doppelten Gefahr, bloß Nischen auszuschöpfen, den Problemhaushalt eher zu entlasten als tatsächliche radikale Veränderungen zu erwirken oder sich am Ende gar zu einer Art Halbbildung zu verflüchtigen, im Sinne einer Anpassungspädagogik an in Wirklichkeit unzumutbare Zustände? Entsteht trotz egalitärer Absichten am Ende doch wieder Elitäres? Politische Bildung im Alltag findet nur selten aufklärerisch-identitätsstiftend, kritisch-vernünftig und kompetenzerweiternd-handlungsorientiert statt. Das hat mehrere Gründe. Zu ihnen zählen die andersartigen Zweckbestimmtheiten lebensweltlicher Existenzweisen, die Unübersichtlichkeiten der eben nicht nur aus Einzelphänomenen bestehenden Dimensionen der politischen Realität und die Entfremdung zwischen Politik und Gesellschaft, welche durch die vielfach undurchsichtige Einflussnahme des Staates auf alle Lebensbereiche und die keineswegs immer öffentlich einsehbare Einflussnahme des Staates auf alle Lebensbereiche und die keineswegs immer öffentliche Einflussnahme einzelner Personen(gruppen) auf die Steuerungsfähigkeit in der Gesellschaft noch vergrößert wird.

Schon deshalb darf sich politische Bildung nicht dafür hergeben, herkömmliche partikulare Elemente des Politischen oberflächlich nachzuvollziehen oder die Akzeptanzbeschaffung für Verkrustungen politischer Strukturen im Allgemeinen und für Regierungsleistungen im Besonderen zu übernehmen. Sie muss eine Instanz der Problematisierung der gesellschaftlichen Widersprüche bleiben, die sich dem Anspruch stellt, Politik zu entschlüsseln, Zusammenhänge durchschaubar zu machen sowie den kritischen Umgang mit ihnen zwecks Ermöglichung von Partizipation zu garantieren. Das heißt vor allem, beständige Arbeit an der (Weiter-) Entwicklung von Selbstverfügungs-Fähigkeit der Menschen als Individuen und Mitglieder sozialer Gebilde zu leisten.

Bildung lässt sich nicht reduzieren auf etwas Besonderes, Partikulares. Aus dem Besonderen muss das Allgemeine entwickelt werden. Nur so zerfällt die Gesellschaft nicht in Erlebniswelten. Denn die Summe der Erlebniswelten ist keineswegs bereits die Gesellschaft. Die didaktische Erschließung und Aufbereitung des Politischen für Lernprozesse bleibt in dieser Hinsicht für politische Bildung unverzichtbar, weil eben dem Sein des Politischen an sich keine unmittelbar aufzeigende Bedeutung mehr zukommt. Sie darf gerade deshalb nicht ausschließlich im Konkreten erfolgen, weil das Politische selbst abstrakt ist. Sie muss aber anhand ihrer konkreten Erscheinungsweisen das Wesentliche, Allgemeine geistig erfahr- und handhabbar machen. Hier liegt m. E. der

eigentliche Anspruch einer Didaktik von politischer Bildung mit der Perspektive Partizipation und Emanzipation. Der »Aufbruch« in die Beliebigkeit, das Ausklammern des Politischen oder dessen Reduktion auf Moralerziehung, Sozialerziehung, »kritische Loyalität« und Demokratieerziehung sind für mich untaugliche Perspektiven der Modernisierung politischer Bildung.

### *Das Messbare als Maß aller Dinge?*

Politische Bildung, im Sinne ihrer Modernisierer, hat sich vom gesellschaftskritischen Paradigma längst verabschiedet. Die neuen Leitbilder orientieren sich am Markt und an betriebswirtschaftlicher Logik, favorisieren das ökonomisch Nützliche und Brauchbare. Der damit einhergehende Evaluationsboom und die Qualitätssicherungseuphorie wurden als Allheilmittel ratloser Politiker auch »beziehungsorientierten« Bereichen wie der Pädagogik verordnet. Dahinter steckt der Glaube an die Macht des Messbaren. Das Messbare wird zum Maß aller Dinge. Dabei sind Kontrolle und Spareffekte nur ein, und nicht eben das edelste Motiv von Evaluationen. Allerdings sollte gerade in der politischen Bildung eben das Messbare nicht das Maß aller Dinge werden (Klaus Ahlheim).

Dagegen sprechen u. a. folgende Gründe:

- Ziele, Leistungen, Erfolge, Wirkungen, die allmähliche, längerfristige Einstellungsänderungen die sich irgendwann im politischen Engagement manifestieren, entziehen sich der Operationalisierung und der empirisch exakten Messung.
- Mit dem Anerkennen von subjektiven Erfolgskriterien, können aus der gleichen Maßnahme ganz unterschiedliche Wirkungen entspringen, nicht vorgesehene Nebenwirkungen und Zusatzeffekte möglicherweise größere Wirkungen haben als die direkten Lehrziele.
- Politische Bildung setzt Wirkungsketten in Gang, die sehr oft erst über längere Zeiträume ihre Wirkung zeigen und die Niemand vorhersehen kann – und das in einer Wirkungsbreite, die weit über das ursprüngliche Lernfeld hinausreicht.  
Und je komplexer die Wirkungen, desto schwieriger ist es, diese ursächlich und zweifelsfrei auf die Bildungsarbeit zurückzuführen« (Jost Reischmann).
- Politische Bildung, die konsequent, rationell und berechenbar genau das erreicht, was Bildner und Institutionen planen und vorgeben, ist

nur in einer Variante, als Propaganda nämlich, zu haben (Klaus Ahlheim).

All das soll aber nicht als Absage an Evaluation und die Entwicklung trägerspezifischer Qualitätsstandards verstanden werden. Sie gehört tatsächlich auch in das Zentrum jeder pädagogischen Debatte. Das bedeutet, dass das wirklich exakt Messbare auch empirisch zu erheben und zu belegen, was zu dokumentieren ist. Allerdings darf Evaluation auch nicht dazu missbraucht werden, durch verordnete Standards, die reale Vielfalt der Träger, Institutionen, Projekte, ihre erwünschten, jeweils spezifischen politischen Besonderheiten, Eigenheiten, Prägungen über einen Kamm zu scheren und damit zu beseitigen. Sondern sie muss gerade dieser Vielfalt gerecht werden.

Verordnete Evaluationen suggerieren ein allgemeines Selbstverständnis von politischer Bildung, das aber in einer plural gedachten Gesellschaft überhaupt nicht existieren kann. So gibt es zu Recht bis heute keine trägerübergreifenden Statistiken. Selbst der Versuch, entsprechende allgemeine Erkenntnisse aus der Summierung von Daten einzelner Träger zu gewinnen, dürfte kaum sichere verallgemeinerbare Erkenntnisse liefern.

Deshalb sollten Träger und Projekte politischer Bildung zur Selbstevaluation und dem Nachweis der Wirksamkeit ihrer Arbeit verpflichtet werden, mehr nicht. Die Wirkungskriterien allerdings sollten sie selbst entwickeln, dann aber auch den Nachweis erbringen, was sie tatsächlich warum erreicht bzw. nicht erreicht haben. Dabei sollten die Grenzen politischer Bildung immer mit gesehen werden.

Politische Bildung ist widersprüchlich, schwierig, »widerständig«, hat mit der Auflösung oder zumindest Infragestellung biographisch fest verankerter und tief sitzender Einstellungen, Meinungen, Werthaltungen, Urteilen und auch Vorurteilen zu tun. Politische Bildung könnte einem Klima gut tun, das »dem Äußersten ungünstig ist.« (Theodor W. Adorno). Aber politisches Lernen ist eben genau so abhängig von dem gesellschaftlichen Klima. Vor allem da, wo das Prinzip Freiwilligkeit dominiert, sind das Interesse und erst recht die Bereitschaft zur Teilnahme von diesem Klima bestimmt. Zeiten gesellschaftlichen Umbruchs bewirken, dass sich Individuen eher als Opfer denn als Akteure fühlen. Das wirkt nicht gerade stimulierend auf das Interesse an Politik und politischer Bildung.

»Wirkungsforschung in der politischen Bildung wird dem Begriff und Anspruch nur gerecht, wenn sie konsequent und nach einem längeren Zeitraum fragt, was im Alltag von Beruf, Gemeinde, Organisati-

on und Verbänden, in Familie auch und im Kreis der Freunde vom Seminar und seinem Thema noch ›präsent‹ also wirksam ist ... Auch Diskussionen über das Seminarthema mit Freunden und KollegInnen oder die weitere Beschäftigung mit dem Thema ... sind ebenso wünschenswerte Wirkungen und ›Erfolge‹... Das wäre nicht überwältigend viel, aber möglicherweise genug, um politischer Erwachsenenbildung ihren Stellenwert zu sichern, in einem Weiterbildungssystem, das vom Diktat betriebswirtschaftlicher Logik in besonderer Weise betroffen ist« (Klaus Ahlheim).

## Literatur

Adorno, Theodor W. / Else Frenkel-Bruswik / Daniel J. Levinson / R. Nevitt Stanford: *The Authoritarian Personality*. New York 1950. Deutsch (ausgewählte Kapitel): Adorno, Theodor W.: *Studien zum autoritären Charakter*. Frankfurt/M. 1973

Ahlheim, Klaus: *Vermessene Bildung? Wirkungsforschung in der politischen Erwachsenenbildung*. Schwalbach/Ts. 2003.

Ahlheim, Klaus: *Scheingefechte. Zur Theoriediskussion in der politischen Erwachsenenbildung*. Schwalbach/Ts. 2004.

Arnold, Rolf: *Bildende Qualifizierung. Divergenzen und Kontroversen zum Verhältnis von Bildung und Qualifikation*. In: *Neue Sammlung. Vierteljahresschrift für Erziehung und Gesellschaft*. Heft 1/1996. S. 19–34.

Arnold, Rolf: *Politische Bildung durch Schlüsselqualifizierung*. In: *kur-siv. Journal für politische Bildung*. Heft 2/1998. S. 42–45.

Arnold, Rolf: *Politische Bildung ist die Stärkung des Subjektes. Anmerkungen zum Paradigmenwechsel politischer Bildung*. In: *PÄD-Forum: unterrichten, erziehen*. Heft 6/2003. S. 327–330.

Arnold, Rolf / Nuissl Ekkehard: *Ein Briefwechsel zur Replik auf die Ahlheim-Arnold-Kontroverse von Klaus-Peter Hufer und Ulrich Klemm*. In: *Erwachsenenbildung. Vierteljahresschrift für Theorie und Praxis*. Hrsg. von der Katholischen Bundesarbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung. Heft 1/2003. S. 29–31.

Besand, Anja: Angst vor der Oberfläche. Zum Verhältnis ästhetischen und politischen Lernens im Zeitalter neuer Medien. Schwalbach/Ts. 2004.

Besand, Anja: Vom Lehren, Hoffen und Träumen. In: kursiv. Journal für politische Bildung. Heft 1/2004. S. 30–35.

Bundeszentrale für politische Bildung: »Zukunftsverantwortung«. Presseerklärung. In: AWV Informationen. Hrsg. von der Arbeitsgemeinschaft für wirtschaftliche Verwaltung e.V. Heft 1/2004. S. 7.

»Das Leistungsprinzip ist ein zutiefst sozialer Ansatz«. Nordrhein-Westfalens SPD-Chef Harald Schartau hängt nicht am Begriff vom demokratischen Sozialismus. In: »Frankfurter Rundschau« vom 5. September 2003. S. 4.

Faulstich, Peter: Die Desintegration von »politischer« und »beruflicher« Bildung in Deutschland ist immer schon problematisch gewesen und heute nicht mehr haltbar. In: Klaus-Peter Hufer / Kerstin Pohl / Imke Scheurich (Hrsg.): Positionen der politischen Bildung 2. Ein Interviewbuch zur außerschulischen Jugend- und Erwachsenenbildung. Schwalbach/Ts. 2004. S. 80–99.

Fausser, Peter: Demokratiepädagogik oder politische Bildung? In: kursiv. Journal für politische Bildung. Heft 1/2004. S. 44–48.

Heydorn, Heinz-Joachim: Ungleichheit für alle. Zur Neufassung des Bildungsbegriffs. In: Bildungstheoretische Schriften. Bd. 3. Frankfurt/M. 1980.

Himmelman, Gerhard: Demokratie Lernen als Lebens-, Gesellschafts- und Herrschaftsform. Ein Lehr- und Studienbuch. Schwalbach/Ts. 2001.

Hufer, Klaus-Peter: Ein Paradigmenwechsel in der politischen Bildung? In: Praxis Politischer Bildung. Materialien, Analysen, Diskussionen. Heft 3/2004. S. 191–196.

Kade, Jochen: Aneignungsverhältnisse diesseits und jenseits der Erwachsenenbildung. In: Zeitschrift für Pädagogik. Heft 3/1993. S. 391–408.  
Kocka, Jürgen: Einbeziehung und Teilhabe. Ziele moderner Gerechtigkeitspolitik. In: »Frankfurter Rundschau« vom 31. Mai 2003. S. 9.

Krüger, Thomas: Neubestimmung als Chance. In: kursiv. Journal für politische Bildung. Heft 1/2004. S. 20–23.

Krüger, Thomas: Politische Bildung im Staatlichen Auftrag.  
URL: [www.bpb.de/presse](http://www.bpb.de/presse) (5.5.2004)

Krüger, Thomas: Abenteuer Bildung.  
URL: [www.bpb.de/presse](http://www.bpb.de/presse) (4.11.2004)

Mathes, Horst: Politisierung des Alltags. In: Horst Mathes (Hrsg.): *Priorität Politische Bildung. Sprockhöveler Werkstatt*. Hamburg 2002. S. 7–12.

Meyer, Thomas: Soziale Demokratie statt demokratischer Sozialismus. Alte SPD und neue Realität: Ketzereien eines bekennenden Sozialdemokraten. In: »Frankfurter Rundschau« vom 19. August 2003. S. 7.

Münchener Manifest vom 26. Mai 1997. Demokratie braucht politische Bildung. Zum Auftrag der Bundeszentrale und der Landeszentralen für politische Bildung. URL: [www.lpb.bwue.de/aktuell/manifest.htm](http://www.lpb.bwue.de/aktuell/manifest.htm)

Negt, Oskar: »Politische Bildung ist die Befreiung des Menschen«. In: Klaus-Peter Hufer / Kerstin Pohl / Imke Scheurich (Hrsg.): *Positionen der politischen Bildung 2. Ein Interviewbuch zur außerschulischen Jugend- und Erwachsenenbildung*. Schwalbach/ Ts. 2004. S. 194–213.

Nuissl, Ekkehard: Politische Bildung und Erwachsenenbildung. In: *PÄD-Forum: unterrichten, erziehen*. Heft 6/2003. S. 331f.

Nuissl, Ekkehard: Vorbemerkungen zu: Karsten Rudolf / Melanie Zeller-Rudolf: *Politische Bildung – gefragte Dienstleisterin für Bürger und Unternehmen*. Bielefeld 2004. S. 7f.

Patzelt, Werner J: Demokratieerziehung oder politische Bildung? Eine Auseinandersetzung mit Peter Fauser. In: kursiv. Journal für politische Bildung, Heft 4/2004. S. 66–76.

»Private Lösungen sind nur Kostenverschiebungen«. E&W-Interview mit dem Soziologen Prof. Oskar Negt, Universität Hannover, über Bildungstendenzen in der Arbeitsgesellschaft. In: *Erziehung und Wis-*

senschaft. Zeitschrift der Bildungsgewerkschaft GEW. Heft 5/2004. S. 18f.

Reichenbach, Roland: Demokratisches Verhalten – Politisches Handeln. Bemerkungen zur politischen Bildung. In: kursiv. Journal für politische Bildung. Heft 1/2004. S. 14–19.

Rudolf, Karsten: Politische Bildung: (k)ein Thema für die Bevölkerung? Was wollen die Bürger? Ergebnisse und Schlussfolgerungen einer repräsentativen Bevölkerungsbefragung. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. B 45/2002. S. 45–53.

Rudolf, Karsten / Melanie Zeller: Wie entsteht politisches Engagement? Das Nidderau-Projekt – eine empirische Wirkungsstudie zur politischen Bildung. Schwalbach/Ts. 2001.

Sander, Wolfgang: Politik entdecken – Freiheit leben. Neue Lernkulturen in der politischen Bildung. Schwalbach/Ts. 2001.

Sander, Wolfgang: Politische Bildung nach der Jahrtausendwende. Perspektiven und Modernisierungsaufgaben. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. B 45/2002. S. 36–44.

Sander, Wolfgang: Wirtschaft und politische Bildung – Einladung zum Gespräch. In: AWW Informationen. Hrsg. von der Arbeitsgemeinschaft für wirtschaftl. Verwaltung e.V. Heft 1/20. S. 4f.

Schlönvoigt, Dieter: Politische Bildung zwischen Trotz, Hoffnung und Widerständigkeit. Einblicke in die Arbeit der Rosa-Luxemburg-Stiftung. In: Bernhard Claußen (Hrsg.): Demokratie und Aufklärung. Kritische Sozialwissenschaften und politische Bildung im Diskurs. Materialien. Band 2. Glienecke / Cambridge 2002.

Schlönvoigt, Dieter: Partizipation, Bürgerbeteiligung und politische Bildung. Der Versuch einer kritischen Annäherung. Berlin / Rio de Janero 2004.

Sennett, Richard: Der flexible Mensch. Die Kultur des neuen Kapitalismus. 3. Aufl. Berlin 1998.

Siebert, Horst: Erwachsenenbildung in der Bundesrepublik Deutschland – Alte Bundesländer und neue Bundesländer. In Rudolf Tippelt (Hrsg.): Handbuch Erwachsenenbildung/Weiterbildung. 2., überarb. und aktual. Aufl. Opladen 1999. S. 54–80.

Steinbrück, Peer: Etwas mehr Dynamik, bitte. In: »Die Zeit«, Nr. 47 vom 13. November 2003. S. 18.

Zeuner, Bodo: Politische Erwachsenenbildung jenseits der Emanzipation? Bemerkungen zum Konstruktivismus-Streit. In: Bardo Heger / Klaus-Peter Hufer (Hrsg.): Autonomie und Kritikfähigkeit. Gesellschaftliche Veränderung durch Aufklärung. Schwalbach/Ts. 2002. S. 65–77.

DIETER CHITRALLA

## Zu einigen Erfahrungen des Bundes der Antifaschisten (BdA) e. V. – Sitz Leipzig in der Gedenkstätten- und Erinnerungsarbeit

Ich möchte den Initiatoren dieses Kolloquiums von der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen und der Karl-Lamprecht-Gesellschaft Leipzig recht herzlich dafür danken, praktische Erfahrungen zur politischen Bildungsarbeit des BdA Leipzig darstellen zu können. Dabei werde ich mich nicht auf die von unserem Bund gemachten Erfahrungen beschränken, sondern auch von der Arbeit der Gedenkstätte für Zwangsarbeit Leipzig, an der ich als wissenschaftlicher Mitarbeiter tätig bin, berichten.

### *Der Kampf um die Erhaltung von Gedenkstätten/-orten, die an die Verbrechen des Faschismus erinnern*

Im Herbst 2006 gelang es uns, mit »Stätten des Gedenkens für Verfolgte und Opfer der NS-Gewaltherrschaft und für antifaschistische Widerstandskämpfer in und um Leipzig« eine Dokumentation zu präsentieren, die gemeinsam vom BdA und vom Stadtvorstand VVN-BdA Leipzig herausgegeben wurde. Sie enthält eine Aufstellung der seit 1945 errichteten, bekannten Gedenkstätten und derjenigen, die erst seit der »Wende« entstanden sind und an weitere Opfergruppen erinnern, so zum Beispiel an die Sinti und Roma (im Park an der Oper) sowie an die Wehrmachtsdeserteure (auf dem Ostfriedhof und auf dem Bienitz).

Auf fast 150 Seiten werden die Gedenkstätten in der Regel mit Fotos aufgeführt, die Gruppen bzw. Einzelpersonen und im 3. Kapitel jüdische Opfer ehren. Im 30seitigen Anhang listen wir die seit 1990 verschwundenen Gedenkstätten auf und bringen eine Übersicht über die 190 Straßennamen in Leipzig, die an Verfolgte und Widerstandskämpfer erinnern. Eine Auswahlbibliographie und eine Angabe weiterer

– vor allem in Sachsen – erschieener Gedenkstättenübersichten vervollständigen unsere Publikation.

Damit kann sich jeder Geschichtsinteressierte mit Hilfe dieser Publikation selber ein Bild machen, wie in unserer Stadt an die Zeit des Faschismus erinnert wird. Er kann sein eigenes Urteil fällen, ob genügend oder zu wenige Namen im Gedächtnis der Stadt durch Gedenktafeln/Denkmale oder die Vergabe von Straßennamen geblieben sind.

Viele Leipziger können sich bestimmt noch an heftige Debatten nach dem Herbst 1989 in der Öffentlichkeit, in den Medien und im Stadtparlament erinnern, in denen es um die Tilgung oder den Erhalt von Straßennamen (vor allem bei Kommunisten) ging. Einige Namen von Antifaschisten sind auf Beschluss des Stadtparlaments nicht mehr als Straßennamen in Leipzig zu finden, auch wenn die Argumente eigentlich für eine Beibehaltung der Straßenbezeichnung sprachen. Dazu zwei Beispiele: So ist es uns Antifaschisten leider nicht gelungen, solche Namen wie den des Arztes Dr. Karl Gelbke, der Juden rettete, oder des einzigen jüdischen Leipziger Spanienkämpfers Hermann Rudkowski weiterhin als Straßennamen in Leipzig zu erhalten.

Allerdings konnte durch Kompromisse erreicht werden, dass es nach der Umbenennung des Georgi-Dimitroff-Platzes wenigstens noch eine Dimitroffstraße in Leipzig gibt, die an den Hauptakteur des Reichstagsbrandprozesses in unserer Stadt erinnert und dessen Name auch auf einer Informationstafel am Eingang zum heutigen Bundesverwaltungsgericht im Zusammenhang mit dem Reichstagsbrandprozess 1933 genannt wird.

Wir können jedoch auch auf Erfolge in der Gedenkstätten- und Erinnerungsarbeit verweisen, so beispielsweise zum Andenken an das Wirken des Osteuropa-Historikers und Widerstandskämpfers Dr. Georg Sacke in der Stadt Leipzig dank unseres Kameraden Dr. Volker Hölzer.

### *Der Kampf um die Errichtung neuer Gedenkstätten (und um den Erhalt derselben)*

Hierzu sollen zwei Beispiele benannt werden:

- das Denkmal für Wehrmachtsdeserteure auf dem Leipziger Ostfriedhof und
- die Gedenkstätte »Erinnern für die Zukunft« – Zwangsarbeit während der NS-Zeit in Leipzig, Permoserstraße 15, auf dem Gelände der früheren HASAG, des heutigen Umweltforschungszentrums (UFZ) Leipzig-Halle.

Die *Wehrmachtsdeserteure* gehörten zu jener Gruppe, der in der Bundesrepublik die Anerkennung als Opfergruppe bis zum Jahre 1999 versagt blieb. Sie wurden nach dem Ende des 2. Weltkrieges – wie zu NS-Zeiten – weiterhin als Verräter am deutschen Volk und letztlich als Mitschuldige an der Niederlage der Wehrmacht charakterisiert.

*Ludwig Baumann aus Bremen*, einer der Betroffenen, hat einen Verband gegründet und kämpft seitdem um die Rehabilitierung der Angehörigen dieser Opfergruppe. Teilerfolge hat er bereits erreicht, jedoch kämpft der 85jährige weiterhin gegen die Geschichtsfälschungen in jüngster Vergangenheit, so zum Beispiel gegen die verzerrte Darstellung bei der Neugestaltung der Ausstellungen im Dokumentations- und Informationszentrum (DIZ) in Torgau.

Leipzig gehört zu den wenigen Städten in Deutschland, die diese Opfergruppe mit einem Denkmal ehren. Die Initiative dazu ging von dem jetzigen Ehrenvorsitzenden des BdA, Professor Ernst Springer, aus. Gemeinsam mit Partnern kämpfte er als Betroffener gegen alle politischen Vorbehalte und bürokratischen Hürden für die Errichtung einer Gedenkstele für die Opfer der NS-Militärjustiz auf dem Leipziger Ostfriedhof.

Sie wurde 1998 eingeweiht und seitdem wird alljährlich am 1. September, dem Weltfriedenstag bzw. Antikriegstag, derjenigen 26 Männer gedacht, die sich dem Völkermord verweigerten und dies mit ihrem Leben bezahlten. Ihre Namen finden Sie in unserem Gedenkstättenbuch.

Inzwischen werden auch am 8. Mai bei der Ehrung der ausländischen Opfergruppen auf dem Ostfriedhof durch die Stadtverwaltung und ausländischen Konsuln auch an diesem Denkmal für die Wehrmachtsdeserteure Kränze und Blumen niedergelegt.

Ebenso gibt es seit dem 23. September 2006 in der Corinthstraße für den Bibelforscher und Wehrdienstverweigerer *Otto Keil* einen Stolperstein; ein weiteres Zeichen dafür, dass dieser Opfergruppe in Leipzig nicht nur auf dem Ostfriedhof gedacht wird.

*Erinnern für die Zukunft* – mit diesem Ziel wurde im Dezember 2001 in Leipzig eine Gedenkstätte eingeweiht, die an die Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter erinnert, die während der Zeit des Nationalsozialismus vor allem in Leipziger Rüstungskonzernen ausgebeutet wurden.

Diese Gedenkstätte – sie war die erste in Deutschland am authentischen Ort des Geschehens – entstand auf Beschluss des Stadtrates der Stadt Leipzig vom Mai 2000 und mit großer Unterstützung der Leitung des Umweltforschungszentrums (UFZ) Leipzig/Halle GmbH unter Pro-

fessor Peter Fritz und natürlich des Fördervereins »Dr. Margarete Blank«, vor allem ihrer Vorsitzenden Charlotte Zeitschel.

Auf dem heutigen UFZ-Gelände im Wissenschaftspark Permoserstraße befand sich bis zum Ende des 2. Weltkrieges der Stammbetrieb eines der größten Rüstungskonzerne Deutschlands, die Hugo-Schneider-Aktiengesellschaft mit der Firmenbezeichnung »HASAG Leipzig«. In diesem Konzern, mit seinen Zweigbetrieben in Taucha, Altenburg, Meuselwitz, Schlieben und mit den polnischen Werken im so genannten Generalgouvernement in Skarzysko-Kamienna, Kielce und Tschenschow, wurden Waffen, Munition und vor allem die Panzerfaust – Hitlers weitere »Wunderwaffe« neben der V1 und der V2 – produziert.

Tausende Häftlinge der Konzentrationslager Auschwitz, Buchenwald, Majdanek, Plaszow bei Krakow, Sachsenhausen und Ravensbrück wurden in diesem Rüstungskonzern ausgebeutet.

Außerdem arbeitete eine große Zahl ziviler Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen aus fast ganz Europa in vielen Leipziger Betrieben und Einrichtungen. Ihnen allen wird mit dieser Gedenkstätte ein Denkmal gesetzt.

Als Träger der Gedenkstätte wurde damals der Förderverein »Dr. Margarete Blank« beauftragt. Dieser gemeinnützige Verein besteht seit 1996 und hatte vor allem durch das große Engagement der heute 80jährigen Vereinsvorsitzenden Charlotte Zeitschel vielfältige Kontakte zu Überlebenden und Angehörigen von Zwangsarbeitern in alle Welt geknüpft. Er betreut außerdem die »Dr.-Margarete-Blank-Gedenk- und Begegnungsstätte« in Panitzsch, einem heutigen Ortsteil von Borsdorf vor den Toren Leipzigs, die an das Wirken der Ärztin, Christin und Humanistin erinnert, die am 8. Februar 1945 in Dresden hingerichtet wurde.

Die Gedenkstätte für Zwangsarbeiter in der Permoserstraße hat im Jahr 2006 mehrfach Schlagzeilen in den lokalen Medien und darüber hinaus gemacht. Jedes Mal ging und geht es um die ungenügende finanzielle Unterstützung und damit um die Existenz dieser erst im Dezember 2001 eingerichteten Gedenkstätte. Am 11. Oktober 2006 hat sich der Leipziger Stadtrat einmütig hinter einen Beschluss gestellt, der die Einrichtung eines Runden Tisches mit Beteiligung von Vertretern der Stadt Leipzig und des Freistaates Sachsen zur wirksameren Unterstützung der Arbeit der Gedenkstätte für Zwangsarbeiter vorsieht.

Wie wichtig eine solche Einrichtung für die politische Bildung der Bürger, vor allem der Jugend, ist, kann nicht oft genug wiederholt werden. Erst kürzlich sagte uns ein älterer Leipziger Besucher: »Gut, dass es Euch gibt und dass die Gedenkstätte die Erinnerung an das damalige

Geschehen bewahrt!« Zu seiner Begleitung gehörte ein holländisches Ehepaar, das zu Beginn der Führung mitteilte, dass der älteste Bruder des Mannes hier in Leipzig, wahrscheinlich in den Erla-Werken, als ziviler Zwangsarbeiter tätig war. Der inzwischen verstorbene Bruder war damals aus Leipzig nach Holland geflohen und musste sich vor den deutschen Okkupanten verstecken. Seiner Familie hatte er kaum etwas über diesen Teil seines Lebens erzählt.

In wenigen Wochen kommen erneut auf Einladung und mit finanzieller Unterstützung der Stadt Leipzig wieder ehemalige Zwangsarbeiter mit ihren Angehörigen – diesmal aus Russland, Polen und Slowenien – in die Gedenkstätte und auf das Gelände der ehemaligen HASAG. Sie werden – wie auch die anderen Zwangsarbeiter in den Jahren zuvor – vormittags Blumen und Kränze am Gedenkstein gegenüber der Gedenkstätte niederlegen, unsere Ausstellungen besichtigen und von der Leitung des UFZ empfangen und betreut werden.

Am Nachmittag werden junge Menschen aus Leipzig dazukommen – Schüler, die bereits seit längerem mit uns in Kontakt sind und an Projekten zur Zwangsarbeit arbeiten, sowie auch zwei Studentinnen der Hochschule für Technik, Wirtschaft und Kultur (HTWK) Leipzig in der Studienrichtung Museologie. Letztere waren vor einigen Tagen hier, haben sich in der Gedenkstätte umgesehen und ihre ehrenamtliche Mitarbeit angeboten. Ich meine, etwas Besseres kann einem Verein, dessen Mitglieder ähnlich wie beim BdA in der Mehrzahl Ältere sind, kaum passieren: ein positives Signal kurz vor dem zehnjährigen Jubiläum des Fördervereins »Dr. Margarete Blank« und des 5. Jahrestages der Eröffnung der Zwangsarbeiter-Gedenkstätte am 12. Dezember 2001.

### *Ein alternativer Stadtrundgang des BdA Leipzig*

Nach dem Vorbild vieler Städte in den westlichen Bundesländern hat der BdA Leipzig einen alternativen Rundgang durch das Stadtzentrum entwickelt, der im April 2001 als alternativer Osterspaziergang nach der Verabschiedung der Teilnehmer am Ostermarsch seine Premiere feierte.

Dieser Rundgang vermittelt anhand einiger prägnanter Gebäude und Gedenkort in Leipzigs Innenstadt Informationen über Widerstand und Verfolgung in der Zeit des Faschismus 1933 bis 1945. Er beginnt am Neuen Rathaus an der Gedenktafel für die ermordeten Stadtverordneten in der Oberen Wandelhalle sowie an der 1999 eingeweihten Gedenkanlage für den ehemaligen Leipziger Oberbürgermeister Carl Goerdeler.

Der alternative Stadtrundgang beinhaltet als weitere Stationen

- das ehemalige Gebäude des Polizeipräsidiums und der Gestapo, die so genannte »Wächterburg«, in der heutigen Dimitroffstraße 5;
- das ehemalige Gebäude des Reichsgerichts und jetzigen Bundesverwaltungsgerichtes mit einer Informationstafel, die an den Reichstagsbrandprozess 1933 erinnert;
- die Relieftafel für den »Maler mit dem roten Stern« Alfred Frank im Eingangsbereich der Hochschule für Grafik und Buchkunst in der Wächterstraße 11;
- die Tafel am Zaun der Villa Ury in der Wächterstraße 32 zur Würdigung des mutigen Handelns des polnischen Generalkonsuls Feliks Chiczewski zur Rettung von polnischen Juden während der so genannten »Polenaktion« im Oktober 1938;
- das Ehrenmal für den Leipziger Unternehmer und Hitlergegner Walter Cramer im Johannapark sowie
- die Gedenkstätten zur Erinnerung an die unterdrückten und ermordeten jüdischen Bürger in der Gottschedstraße am Ort der ehemaligen Großen Synagoge und in der Hinrichsenstraße 14, wo endlich mit dem Umbau des ehemaligen israelitischen Altenheimes zum künftigen Gemeinde- und Begegnungszentrum begonnen werden konnte, sowie in der Gustav-Adolf-Straße 7, dem heutigen Gebäude der Zentralbücherei für Blinde;
- und schließlich am Gedenkstein in der Parthenstraße/ Ecke Pfaffendorfer Straße zur Erinnerung an die Geschehnisse der Pogromnacht vom 9. zum 10. November 1938. Von hier aus führte für einige hundert Leipziger Juden der Weg in die Konzentrationslager, u. a. nach Buchenwald. Zu diesem Zeitpunkt waren es erst vergleichsweise wenige; die Mehrheit von ihnen wurde ab 1942 nach der berüchtigten »Wannsee-Konferenz« zu Tausenden in die Vernichtungslager deportiert.

Die Ausstellung »Der letzte Weg« – Die Deportation der Juden aus Leipzig 1942–1945 im Neubau des Stadtgeschichtlichen Museums, die am 9. November 2006 eröffnet wird, zeigt anhand zahlreicher Foto- und Textdokumente das Schicksal vieler jüdischer Familien. Zudem gibt es im Schulmuseum Veranstaltungen, darunter eine Lesung mit der Leipziger Schauspielerin Christa Gottschalk aus dem Buch »Geteilte Erinnerungen«, in dem heutige Schüler ehemalige Leipziger Juden und nichtjüdische Bürger über ihre Erlebnisse in der Zeit des Faschismus interviewt haben.

### *Die Durchführung von Gedenkstättenfahrten*

Fahrten zu antifaschistischen Gedenkstätten gehören zweifellos zu den Höhepunkten innerhalb der Aktivitäten des BdA. Sie benötigen einen hohen Aufwand an inhaltlicher und organisatorischer Vorbereitung und sind als Mehrtagesfahrten deshalb nicht jedes Jahr zu bewältigen. Nach dem Besuch in München und Dachau vor vier Jahren hat der BdA Leipzig für seine Mitglieder, Sympathisanten und andere interessierte Leipziger Anfang Oktober 2006 wieder eine solche Bildungsfahrt durchgeführt.

»Leipzigs Neue« hat in der jüngsten Ausgabe auf einer ganzen Seite ausführlich über diese Gedenkstättenfahrt in den Norden nach Lübeck, Hamburg und in das ehemalige KZ Neuengamme berichtet, so dass ich mir an dieser Stelle weitere Ausführungen ersparen kann - bis auf das Fazit unserer Reise, das ich gern zitieren möchte: »Es gibt im Westen Deutschlands würdige Gedenkstätten des antifaschistischen Widerstandskampfes. In oder mit ihnen arbeiten engagierte Kräfte, die dieses Kapitel deutscher Geschichte wach halten. Bei den Leipziger Antifaschisten hat diese Reise bleibende Eindrücke hinterlassen.«

Auch im Jahr 2007 wird es wieder eine Gedenkstättenfahrt des BdA Leipzig geben, die zur Gedenkstätte Ravensbrück und zum »Haus der Wannseekonferenz« bei Berlin führen wird.

### *Die Teilnahme am Gedenkmarsch des NDK Wurzen*

Eine Initiativgruppe des Netzwerkes für Demokratie (NDK) in Wurzen führt seit dem Jahr 2000 zur Erinnerung an die im April 1945 erfolgten Todesmärsche im Muldental jeweils am ersten Sonntag im Mai einen Gedenkmarsch durch. Er beginnt in Borsdorf und folgt der damaligen Route unter anderem durch Gerichshain, Machern, Bennewitz und endet mit einer Ehrung auf dem Friedhof in Wurzen.

Der BdA Leipzig beteiligt sich seit 2001 an dieser bemerkenswerten Initiative, die Vertreter von verschiedenen Parteien, Vereinen, von kirchlichen Gruppen usw. aus den an der Strecke liegenden Städten und Gemeinden vereint. Es gilt, diese »zarte Pflanze« des gemeinsamen Erinnerns und zugleich Handelns gegen rechtsextreme Aktivitäten gerade im Muldentalkreis zu pflegen und zu bewahren.

Auch sei vermerkt, dass eine Historikergruppe aus dem Muldentalkreis im Jahr 2006 eine informative Broschüre zum frühen Konzentrationslager Colditz erarbeitet hat.

*Schluss*

Am Schluss noch ein Ausblick auf einen Rückblick, nämlich auf die Gründung der VVN vor 60 Jahren. Während am 28. Oktober 2006 in Düsseldorf die Kameraden in Nordrhein-Westfalen bereits dieses Jubiläum begehen, werden sich die Mitglieder des Landesverbandes VVN-BdA Sachsen erst am 31. März 2007 in Dresden zu einer Matinee unter dem Motto »Der Schoß ist fruchtbar noch ...« treffen.

Ich persönlich hoffe, dass neben einigen Zeitzeugen aus jenen Tagen auch genügend junge Leute bei dieser Veranstaltung anwesend sein werden, um den Staffelstab des Antifaschismus für die Gegenwart und die Zukunft zu übernehmen.

## Autorenverzeichnis

DR. THOMAS AHBE  
Oststraße 41  
04317 Leipzig

DR. DIETER CHITRALLA  
Erika-von-Brocksdorff-Straße 14  
04159 Leipzig

DR. LOTHAR NETTELMANN  
Schaumburger Straße 17  
30989 Gehrden

DR. DIETER SCHLÖNVOIGT  
Rosa-Luxemburg-Stiftung  
Franz-Mehring-Platz 1  
10243 Berlin

PROF. DR. KURT SCHNEIDER  
Inselstraße 28  
04103 Leipzig





